

NAZIAUFMARSCH VERHINDERN



GEMEINSAM UND
ENTSCHLOSSEN
BLOCKIEREN
Seite 4

MITTENDRIN IN DER GESELLSCHAFT



WIE KANN
INKLUSION
GELINGEN?
SEITE 5

ZUKUNFTSSICHERES HANNOVER



STADT MIT
HOHER
LEBENSQUALITÄT
SEITE 8

AUSSERDEM:

- ORTSVERBÄNDE S. 13
- STADTTEILZENTRUM S. 14
- RICHTIGSTELLUNG S. 16

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • JUNI 2012

Kaum sind die Landtagswahlen in unseren beiden Nachbarländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen entschieden, blickt die ganze Republik mit erhöhtem Interesse auf Niedersachsen, dem Bundesland das in acht Monaten, am 20. Januar nächsten Jahres die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl im Herbst 2013 abhalten wird.

Deshalb löste die Meldung über eine aktuelle NDR Umfrage nur wenige Tage nach dem rot/grünen Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen, mit der Bestätigung für eine rot/grüne Mehrheit auch in Niedersachsen natürlich einige Aufregung aus. Das besondere am Ergebnis der repräsentativen NDR Umfrage ist nicht nur, dass die SPD (36 Prozent) erstmals seit 10 Jahren wieder klar vor der CDU (32 Prozent) liegt, sondern das nicht nur die Linke (drei Prozent), sondern auch die in NRW und Schleswig-Holstein noch so fulminant zurück gekehrte FDP in Niedersachsen derzeit mit vier Prozent weiter deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde dahin dümpelt. Angesichts derart klarer Verhältnisse mit einer eigenen rot/grünen Mehrheit (Grüne 13 Prozent) von zusammen 49 Prozent (exakt der Wert, der auch in einer NDR Umfrage im Januar ermittelt wurde) verhindern auch die acht Prozent für die Piraten nicht die von uns seit langem angestrebte Mehrheitsbildung allein mit der SPD.

Doch Umfragen sind keine Wahlergebnisse und die Zeit bis zum 20. Januar ist noch lang. Dazu einige Hinweise auf besondere Teilergebnisse aus den beiden Nachbarländern.

Einige bemerkenswerte Aspekte der letzten Landtagswahlergebnisse:

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

Ein Ausblick auf die grünen Chancen im Landtagswahlkampf in Niedersachsen von Enno Hagenah, Vorsitzender des Regionsverbands Hannover und Mitglied des Niedersächsischen Landtags.



DER NIEDERSÄCHSISCHE LANDTAG WIRD AM 20. JANUAR 2013 NEU GEWÄHLT

Die Wanderungsbewegungen zu den Piraten in NRW sind am stärksten mit 90.000 Stimmen von der SPD. Erst dann kommen mit je 80.000 Stimmen die Stimmen von den Linken und den Grünen. Von den NichtwählerInnen kamen 70.000 Piraten Stimmen und von der CDU immerhin noch 60.000.

In Schleswig Holstein gab es das Ganze eine Nummer kleiner mit 14.000 Stimmen jeweils von der CDU und der FDP für die Piraten, 13.000 Stimmen von den Grünen, 11.000 von den NichtwählerInnen und nur 10.000 von der SPD.

50.000 NichtwählerInnen konnten aber auch die Grünen in NRW mobilisieren. Die SPD zog sogar

120.000 zu sich, während die CDU 110.000 an das NichtwählerInnen Lager verlor.

In Schleswig Holstein verloren bei der historisch schlechtesten Wahlbeteiligung auch die Grünen 12.000 Stimmen an die NichtwählerInnen. Am meisten verloren aber dort mit 39.000 Stimmen die Linken an die NichtwählerInnen.

Die Verluste der Linken in NRW hingegen basieren hauptsächlich auf Verlusten von 90.000 Stimmen an die SPD und 80.000 Stimmen an die Piraten. Auch die Grünen konnten von ihnen noch 30.000 Stimmen hinzugewinnen.

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Kräftig durchgeschüttelt wird die grüne Partei derzeit in der Region Hannover. Nach den guten Wahlergebnissen zur Kommunalwahl und den ambitionierten vielen neuen rot/grünen Koalitionen in den Regionalkommunen hakt es jetzt ausgerechnet in der größten und bedeutendsten Koalition, in der Region selbst. Die im Koalitionsvertrag offen gebliebene Entscheidung über das sinnvollste System bei der Erneuerung der derzeit einzigen verbliebenen oberirdischen Stadtbahnlinie in der Region entwickelte sich zum medialen Show Down. Da konnten wir Grüne noch so oft mit fachlichen Argumenten versuchen die Debatte inhaltlich zu führen, angeheizt durch diverse ungenannte und manchmal auch genannte politische Scharfmacher in den Medien, schien das Bündnis plötzlich auf der Kippe zu stehen – angesichts der großen inhaltlichen Übereinkünfte aus dem Koalitionsvertrag und der gemeinsamen strategischen Interessen in Richtung Landtagswahl eine geradezu absurde Situation. Nachdem die SPD die von ihr ins Spiel gebrachte regionsweite Bürgerbefragung inzwischen selbst wieder zurück genommen hat, ist erfreulicherweise untereinander eine Rückkehr zur sachlichen Debatte festzustellen, auch wenn es noch mediale Nachwehen gibt. Um die anderen ebenso wichtigen Politikfelder jetzt nicht auch in unserer eigenen Mitgliederzeitschrift durch das

FORTSETZUNG: SEITE 2

**ENNO HAGENAH &
DORIS KLAWUNDE
REGIONS-VORSITZENDE**

FORTSETZUNG VON SEITE 1

190.000 Stimmen, die sie von der CDU holte. Aber auch die Grünen in NRW verloren 70.000 Stimmen an die SPD.

In Schleswig Holstein waren die Verluste der Grünen an die SPD mit 14.000 Stimmen sogar am stärksten von allen Stimmverlusten der Grünen.

Bei den ErstwählerInnen lagen in NRW nicht etwa die Piraten vorn, sondern mit 29 Prozent die SPD. Etwa gleichauf waren bei dieser Gruppe mit 18 Prozent die Grünen, dann erst die Piraten 17 Prozent und die CDU 16 Prozent.

In Schleswig Holstein lagen bei den ErstwählerInnen hingegen CDU und SPD mit 23 Prozent vorn, gefolgt von den Grünen mit 22 Prozent und danach folgten erst die Piraten mit 16 Prozent.

Interessant ist in NRW auch ob die Stimmabgabe für die jeweilige Partei aus Überzeugung erfolgte oder aus Enttäuschung. Spitzenreiter bei den Überzeugungswählern sind dabei die Grünen mit 74 Prozent. Bei den Wählern, die ihre Stimmabgabe mit Enttäuschung erklären führen hingegen die Piraten mit 61 Prozent. Bei den Überzeugungswählern liegen die Piraten mit 39 Prozent entsprechend an letzter Stelle.

In Schleswig Holstein war hingegen die CDU mit 71 Prozent Spitzenreiter bei den ÜberzeugungswählerInnen, gefolgt von der FDP mit 66 Prozent und den Grünen mit 65 Prozent. Wie in NRW sind die Piraten mit 32 Prozent die Letzten bei den Überzeugten, führen aber auch in Schleswig-Holstein mit 65 Prozent bei den Enttäuschten.

Schlussfolgerungen für Niedersachsen und die Region Hannover:

Diese teilweise doch recht unterschiedlichen Wanderungsbewegungen bei zwei so kurz aufeinander folgenden Landtagswahlen in einem vergleichbaren bundespolitischen Klima machen deutlich, dass es zwar einige beherrschende bundespolitischen Trends gibt, es zur erfolgreichen Wahl aber immer auch stark auf die handelnden Personen und das Zutrauen in deren zukünftige Gestaltungsfähigkeit im jeweiligen Bundesland ankommt.

1. Im Bundespolitischen Trend sind sicher die Piraten neues

Sammelbecken des Protest-WählerInnenpotentials. Daran wird so schnell nichts zu ändern sein. Allerdings sollten wir Grüne durch entsprechende Schwerpunktsetzung in der Außendarstellung zumindest die starke Abwanderung unserer WählerInnen (NRW 10 Prozent unserer Stimmen) deutlich reduzieren können (Was wollen die, was wir nicht schon lange beackern?). Wir müssen sie aber auch inhaltlich stärker stellen (Urheberrecht), auf eine grundsätzliche Bereitschaft zur politischen Mitgestaltung drängen (das Parlament ist keine Übungsfirma) und sollten dabei den strategischen Diskurs nicht scheuen (Wer Piraten wählt, wählt die große Koalition).

2. Trend scheint aber inzwischen auch zu sein, das mit den Piraten und mit der neuen, etwas linkeren Haltung der SPD, es nicht mehr reicht für die Linke im Westen, um die 5 Prozent Hürde zu überspringen. Die politische Nische ist hier offenbar zu klein (egal ob ohne oder mit Oskar...)

3. Unklar bleibt die Zukunft der FDP. Ohne glaubwürdige (personalisierte) Opposition zum Bundesvorstand und ohne ein Gutteil Leihstimmen einer regional schwächeren CDU wird es in Niedersachsen für die FDP nicht reichen. Beide Rahmenbedingungen sind aus heutiger Sicht, für die hiesige FDP unter Birkner und Bode schwer zu schaffen aber nicht unmöglich...

4. Die CDU ist in Niedersachsen durch den volkstümlichen Ministerpräsidenten Mc Allister tendenziell in einer besseren Ausgangslage als in Schleswig-Holstein und NRW zudem wird die Bundespartei bis dahin bereits auf Bundestagswahlmodus umgeschaltet haben und voll in der Offensive sein. Deshalb ist, trotz der aktuell für die SPD günstigen Umfrage, ein Kopf an Kopf Rennen der beiden großen Altparteien zu erwarten, das mit starker Personalisierung und damit drohender Marginalisierung aller anderen MitspielerInnen im Wahlkampf einhergehen wird.

5. Die SPD hat mit "Kraft" Popularität und Regierungsfähigkeit hinzu gewonnen. Stephan Weils Handicap selbst nicht im Landtag der Regierung Paroli bieten zu können, wird er durch intensive Bündnisarbeit (Gewerkschaften,

Sozialverbände, etc.) und populäre Vereinfachungen (Gorleben muss aus allen Töpfen raus) versuchen auszugleichen. Mit einer gezielten Einbindungsstrategie in eine respektable Regierungsmannschaft wird er versuchen in der Breite (von Linke über Grün bis Schwarz) zu überzeugen und WählerInnenstimmen zu mobilisieren. Das wird durch den exklusiven Wahltermin vor der Bundestagswahl durch viel bundespolitische Aufmerksamkeit und etliche Prominenteneinsätze noch verstärkt werden.

Fazit: Für uns Grüne bieten die Wahlergebnisse in den Nachbarländern und die aktuelle Umfrage zunächst allen Grund zu Optimismus und Selbstbewusstsein für die kommende Landtagswahl. Dennoch ist es wichtig, die in den nächsten Monaten noch möglichen Veränderungen nicht zu unterschätzen und alles dafür zu tun, damit sich die derzeit für uns Grünen positiven Trends auch in Zukunft verstetigen bzw. verstärken. Voraussetzung dafür sind Geschlossenheit, politisch interessante, innovative und überzeugende Programmatik aber zugleich auch eine klare Profilierung innerhalb der Doppelspitze auf Stefan Wenzel, dem bekanntesten grünen Landespolitiker als Zugpferd. Das Risiko einer großen Koalition ist mit dem unklaren Ausgang des Wettlaufs zwischen CDU und SPD um die meisten Stimmen eher noch gewachsen. Deshalb ist zumindest ein allgemein „gefühlter grüner Spitzenkandidat“ auf Augenhöhe mit den beiden Hauptmitbewerbern dringend erforderlich, um insbesondere in den entscheidenden letzten Wochen medial noch präsent zu sein.

Unser wichtigstes Pfund ist es, dass sich laut NDR Umfrage 61 Prozent in Niedersachsen ab 2013 eine rot/grüne Koalition vorstellen können. Für diese Wechselstimmung müssen wir deshalb klar heraus arbeiten: Wer Rot/Grün will muss Grün wählen! Ziel unseres Wahlkampfes und unserer Mobilisierung (auf der Straße, bei Veranstaltungen und mehr als bisher auch durch aktuelle, virtuelle Informationen, Mitmachaktionen und Vernetzungsangebote im Netz) muss es sein, diese Schlussfolgerung allen WählerInnen klar zu machen.

Die WählerInnen müssen das Interesse haben Grün so stark zu machen, dass wir letztlich auch in einem fünf Parteien Landtag genug Stimmen zur Mehrheitsbildung mit der SPD haben, weil sonst Stillstand und konservative Betonpolitik der großen Koalition drohen.

ENNO HAGENAH

enno.hagenah
@lt.niedersachsen.de



FORTSETZUNG VON SEITE 1 EDITORIAL

Stadtbahnthema an den Rand zu drängen, verweisen wir auf die kurze Abhandlung der verkehrspolitischen Sprecherin der Regionsfraktion in diesem Heft und auf die ausführlicheren Erläuterungen zu dem auch von uns Grünen unterstützten Bündnis "Zukunft-Stadtbahn" (<http://zukunft-stadtbahn.de>) die Ihr im Netz finden könnt.

GRÜNE HANNOVER HABEN GEWÄHLT

Thomas Schremmer verlässt nach sechs bewegten Jahren den Vorstand des Stadtverbands. Friederike Kämpfe wird als Vorsitzende im Amt bestätigt. Tobias Leverenz wird zum neuen Vorsitzenden gewählt. Barbara David wurde erneut Schatzmeisterin, Mareike Rehl und Daniel Gardemin vervollständigen als Beisitzerinnen den fünfköpfigen Vorstand.



DER NEUE: BARBARA DAVID, TOBIAS LEVERENZ, FRIEDERIKE KÄMPFE, MAREIKE REHL UND DANIEL GARDEMIN (OBEN RECHTS), THOMAS SCHREMMER (MITTE RECHTS), NEELE ROSENBERG (UNTEN RECHTS)

„Schwarz-Gelb hat sich innerlich schon aus der Verantwortung verabschiedet“, zieht Jan Haude, Landesvorsitzender der Grünen Niedersachsen, sein Resümee zur aktuellen Landesregierung. Es ist warm im kleinen Saal des Freizeitheims Vahrenwald, als am 10. Mai die Mitgliederversammlung des Stadtverbands mit Jans Input zum Landtagswahlkampf beginnt. Sein Urteil wird von allen BewerberInnen für den hannoverschen Vorstand geteilt. Fragt man Friederike, gehört Schwarz-Gelb mit Hilfe der GRÜNEN Hannover abgewählt. Und Tobias befindet in seiner Bewerbung, dass 21,5 Prozent für GRÜN der bei der Kommunalwahl 2011, Grund genug sind, unangebrachte Einmischungen der Landesregierung in die Stadtpolitik bei Themen wie der Umweltzone bald der Vergangenheit angehören zu lassen. Auch Thomas stellt beim Rückblick auf sechs Jahre als Sprecher fest, dass „Hannover durch und durch grün ist.“ Schließlich haben sich die GRÜNEN bei allen Wahlen, die er als Vorsitzender begleitet hat, prozentual verbessert. Sein letzter Rat an den neuen Vorstand: „Die Mitgliederversammlung hat immer Recht“.

Thomas Abschied gehörte dann auch zum bewegenden Teil des Abends. Friederike stellte in ihrer

Dankesrede fest, wie nah' ihr der Abschied geht – damit ist Friederike nicht allein! An dieser Stelle muss deshalb noch einmal gesagt werden, wie dankbar wir dir, Thomas, für dein Engagement in den letzten Jahren sind. Du hast die politische Arbeit des Stadtverbands mit deinem besonderen Erfahrungsmix aus Partei-, Gewerkschafts- und Verwaltungsarbeit bereichert, viele inhaltliche Diskussionen (von Impfstoffzentrum Boehringer bis hin zur Debatte um die Ansiedlung eines Logistikzentrums am Messegelände) begleitet und dabei ein großes Interesse an der Diskussion mit der Parteibasis bewiesen. Wir danken Dir dafür, freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir als Direktkandidaten für den Landtag im Wahlkreis Ricklingen und wünschen dir nur das Beste für deine nächsten Projekte – Du wirst das reißen! Neben Thomas hat auch Neele Rosenberg, in den letzten zwei Jahren Beisitzerin, den Vorstand verlassen, um sich verstärkt ihrem Studium widmen zu können. Auch dir vielen Dank für deine Arbeit und alles Gute für die Zukunft!

RAHEL MISSAL
stadtverband@
gruene-hannover.de



REGIONSGRÜNE WÄHLEN NEUEN VORSTAND

Klawunde und Hagenah stimmen auf den Wechsel im Landtag ein.



VON LINKS: DORIS KLAWUNDE, ENNO HAGENAH, ELENI KYRIAZAKI, HINRICH BURMEISTER, KORBINIAN DEUCHLER, RANA YOUNES MUSTAFA AKBULUT, CAROLIN JAEKEL .

Am 25. Februar 2012 hat der Regionsverband von Bündnis 90/Die Grünen einen neuen Vorstand gewählt. Doris Klawunde (53), stellvertretende Regionspräsidentin, und Enno Hagenah (54), Mitglied des Landtags, bilden die neue grüne Doppelspitze. Neben Klawunde und Hagenah gehören dem Regionsvorstand der Schatzmeister Korbinian Deuchler (25) aus Hannover, die BeisitzerInnen Carolin Jaekel (26) Eleni Kyriazaki (38) aus Hannover, Rana Younes (19) aus Langenhagen, sowie Hinrich Burmeister (42) und Mustafa Akbulut (42) aus Hannover an.

Ein Jahr vor der Landtagswahl betont Doris Klawunde, Vorsitzende des Regionsverbands, die gute Ausgangsposition der Grünen: „Wir sind der größte grüne Regionsverband in Niedersachsen mit einem Mitgliederzuwachs von 30 Prozent seit 2010. Das sind hoch motivierte Neue, die wir mit ganzer Kraft unterstützen werden.“

„Die erste Aufgabe des neuen Vorstandes wird es sein, mit Rot/Grün in der Region zu zeigen, dass hier die richtige Alternative für die Gestaltungsmehrheit im Land zusammen arbeitet. Der grundlegende Politikwechsel zu Rot/Grün in Niedersachsen wird aber nur mit starken Grünen mög-

lich, sonst droht Stillstand in einer großen Koalition“, stellte der Vorsitzende Enno Hagenah klar. An dieser Stelle sei dem alten Vorstand mit Brigitte Deyda und Christian Gailus als Regionsvorsitzenden, Wilhelm Zabel als Schatzmeister und den BeisitzerInnen Stefan Beins, Hinrich Burmeister, Angela Klingrad, Dorota Szymanska und Ulrike Witte nochmals ganz herzlich für Euer herausragendes Engagement der letzten Jahre gedankt! Besonders gedankt sei euch nochmal für den beispielhaften Kommunalwahlkampf, den ihr als Vorstand zu verantworten hattet. Begonnen hat alles mit der Werkstatt 11-16 bei der viele Mitglieder eingebunden werden konnten und geendet ist es in einem wunderbaren Wahlergebnis. Die Regionsfraktion ist von neun auf 16 Abgeordnete angewachsen und in vielen Orten in der Region Hannover gelang gar eine Verdoppelung der Stimmenanzahl und der Mandate und – sogar darüber hinaus.

Mit Ausnahme von Hinrich Burmeister waren die bisherigen Vorstände nicht mehr zur Wahl angetreten.

ELKE WOHLFARTH
wohlfarth@
gruene-hannover.de



Dieser Aufmarsch hat sich mittlerweile zum größten Naziaufmarsch in Norddeutschland entwickelt und ist bereits bis 2030 angemeldet. Da andere große Aufmärsche wie in Dresden erfolgreich blockiert wurden, ist Bad Nenndorf einer der wenigen Orte, wo Nazis noch ungehindert marschieren können. Das müssen wir verhindern!

GEGEN GESCHICHTSREVISIONISMUS UND FASCHISMUS

Historischer Bezugspunkt des jährlich stattfindenden Naziaufmarsches in Bad Nenndorf ist das Wincklerbad, in dem sich von 1945-47 ein Verhörlager des britischen Geheimdienstes befunden hat. Die Nazis benutzen diesen Ort, um die Geschichte des deutschen Faschismus zu verdrehen und die Deutschen zu den „eigentlichen Opfern“ des zweiten Weltkriegs zu erklären. Der Kontext der nationalsozialistischen Gewalt- und Vernichtungspolitik wird dabei bewusst ignoriert und ausgeblendet und es wird öffentlich und direkt Bezug auf das historische, faschistische Deutschland genommen. Das drückt sich vor allem in ihrem Auftreten aus: Auf ihren Aufzügen marschieren sie in der Manier der SA, mit Trommeln, in Reih' und Glied und in weißen Hemden uniformiert. In Redebeiträgen hetzen sie mit vorgestrigem Vokabular nationalistischer und völkischer Propaganda. Von anfänglich 50 TeilnehmerInnen im Jahr 2006 steigerte sich die Größe über die Jahre hinweg kontinuierlich, bis 2010 fast 1.000 Neonazis nach Bad Nenndorf kamen. Nach den Blockaden in Dresden droht der Aufmarsch in Bad Nenndorf zum nächsten Schwerpunkt der bundesweiten Neonazi-Mobilisierung zu werden. Für den bereits drittgrößten Naziaufmarsch in ganz Deutschland zeichnet sich kein Ende ab. Im bereits siebten Jahr gewinnt der Aufmarsch für die bundesweite Neonaziszene zunehmend an Bedeutung und ist längst als festes Event im Kalender der faschistischen Netzwerke etabliert.

Große Aufmärsche sind dabei für die Naziszene enorm wichtig: Sie tragen puren Hass und Rassismus auf die Straße, sie können nach außen und nach innen ihre angebliche Stärke demonstrieren und politische GegnerInnen

NAZIAUFMARSCH IN BAD NENNDORF VERHINDERN

Am 4. August 2012 werden wieder bis zu 1.000 Nazis durch den kleinen Ort Bad Nenndorf in der Nähe der Region Hannover marschieren.



GESCHICHTSVERDREHUNG PUR – NAZIAUFMARSCH IN BAD NENNDORF 2010. Foto: www.recherche-nord.com, alle Rechte vorbehalten.

einschüchtern. Hier werden Netzwerke geknüpft, neue SympathisantInnen eingebunden und Erfahrungen ausgetauscht. Für in der "Erlebniswelt" des Faschismus sind Aufmärsche ein wichtiger Bestandteil. Wenn Naziaufmärsche verhindert werden, sorgt das für großen Frust in der Naziszene und führt zu einer Schwächung ihrer Strukturen.

DEN NAZIAUFMARSCH GEMEINSAM UND ENTSCHLOSSEN BLOCKIEREN

In den letzten Jahren hat sich in dem Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ eine breite Zivilgesellschaft gegen die jährliche Nazi-Belagerung des Ortes zusammengeschlossen. Mit vielfältigem, kreativem und buntem Protest hat es immer wieder ein deutliches Zeichen gegen den Aufmarsch in Bad Nenndorf gesetzt. Nach sechs Jahren der symbolischen Proteste gilt es nun, der Dynamik der Aufmärsche in Bad Nenndorf endlich ein Ende zu bereiten.

Im März gab es dafür zum ersten Mal eine überregionale Aktivierungskonferenz in Hannover,

auf der wir Grüne zusammen mit der Grünen Jugend und einem breiten Spektrum von gesellschaftlichen AkteurInnen aus Norddeutschland die Initiative „Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf“ gegründet haben. Mit der gemeinsam verabschiedeten Resolution haben wir uns zum Ziel

gesetzt, den Aufmarsch in diesem Jahr konkret und real mit Sitzblockaden und einer massenhaften Mobilisierung zu verhindern.

In Ergänzung zu den fröhlichen Feiern der Bad Nenndorfer BürgerInnen am Rand der Strecke, die bisher den „Trauermarsch“ der Nazis stören konnten, sind sie ein erfolgversprechendes Mittel, um dem Spuk in Bad Nenndorf endlich ein Ende zu bereiten. Das politische Signal der Blockaden ist klar: Keinen Meter für Nazis und ihre menschenverachtenden Einstellungen - nicht auf der Straße, nicht in den Parlamenten und nirgendwo sonst in der Gesellschaft.

Beispiele wie Dresden, Wunsiedel und Neumünster zeigen, dass es möglich ist, verschiedene Aktionsformen in Einklang miteinander zu bringen und dass dies letztlich auch der Schlüssel zum Erfolg ist. Je mehr Menschen in Bad Nenndorf demonstrieren, an der Strecke feiern oder blockieren, desto größer ist die Chance auf eine Verhinderung des Aufmarsches.

Wichtig und zentral bleibt dabei: Von uns geht keine Eskalation aus und wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Wir fordern Euch auf: Unterstützt unsere Resolution unter: www.badnenndorf.blogspot.eu und kommt am 4. August mit uns nach Bad Nenndorf. Wir demonstrieren, feiern an der Aufmarschstrecke oder starten Sitzblockaden. Gemeinsam, entschlossen und vielfältig setzen wir diesem Aufmarsch ein Ende!

CAROLIN JAEKEL
caro.jaekel@freenet.de



TOBIAS LEVERENZ
tobias.leverenz@gruene-hannover.de



BESONDERE ORTE

Unsere Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" geht weiter. Besonders die KandidatInnen der Region Hannover und Stadt Hannover sind angesprochen, über dieses Format interessante Veranstaltungen anzubieten.

Bitte meldet euch bei Ulrike Witte, Kontakt: u.witte@gmx.net.

Mittendrin berät Einrichtungen, Teams, Erzieherinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Planer – alle die es wollen, bei dem großen Plan, Stück für Stück Inklusion in Hannover zu realisieren.

Wir Grünen unterstützen Mittendrin. Weil Inklusion für uns nicht nur Hauptsache, sondern Menschenbild ist und weil Selbstorganisation die Grundlage grüner Politik ist.

Seit 2011 bekommt Mittendrin eine städtische Beihilfe von 50.000 Euro.

Ingrid Wagemann, Jugendpolitikerin der grünen Ratsfraktion, sprach mit Birgit Rauschke und Svenja Bruck.

Birgit ist Erzieherin mit heilpädagogischer Zusatzausbildung. Sie arbeitete viele Jahre im integrativen Kinderladen „Villa Kunterbunt“ und wechselte „vom tollsten Kinderladen der Welt“ auf die befristete 24 WStd.-Beratungsstelle, weil sie will, dass sich was in Hannover verändert. Weil Mittendrin dazu genau richtig ist, tatkräftig und laut.

Svenja, Diplom-Heilpädagogin mit systemischer Ausbildung, hat den Verein mit gegründet und kann eine klare Linie ziehen von ihrem Gymnasium mit Förderschule nebenan und gemeinsamen Faschingsfesten über ihr FSJ über ihre Abschlussarbeit „Integration“.

Und dann kam Finn: Der Sohn ihres guten Freundes Jan Vahl-

MITTENDRIN

Mittendrin Hannover e.V. unterstützt und berät Eltern bei der Realisierung ihres Wunsches, Kinder gemeinsam aufwachsen zu lassen. Dazugehörig eben - Alle.

bruch kam mit Down-Syndrom zur Welt. 2002. Kinder gehen gemeinsam in den Kinderladen, Eltern und Freunde durchleben den ständigen Kampf um einen Platz mittendrin für Finn. Damit nicht alle immer wieder von vorn anfangen müssen und weil man mehr erreichen kann, wurde daraus ein Verein.

INKLUSION – WAS BEDEUTET DAS FÜR EUCH?

Svenja und Birgit: Für Inklusion muss man seinen Kopf verdrehen, sein Denken verändern. Das ist wirklich schwer: „Erwarte ich, dass der Andere sich anpasst oder bin ich bereit, das Drumherum zu verändern, damit es für alle passt.“ Integration – Inklusion: Es ist nicht egal. Man spricht, wie man denkt. Doch manchmal hat man einen Knoten in der Zunge für die richtigen Worte. Das Schulsystem ist nicht inklusiv, wenn nun gesagt wird, dass es nur die Förderschulen Lernen sind, die aufgelöst werden und alle anderen getrennt erhalten bleiben. Wir lösen lediglich das auf, was es in anderen europäischen Ländern überhaupt nicht gibt!

WAS IST MITTENDRIN AUS Eurer SIGHT – FÜR ELTERN,

FÜR MULTIPLIKATOREN, FÜR DIE STADT?

Eltern sind für uns keine Bittsteller, sie haben Rechte. Wir helfen bei der Selbsthilfe. Und Mittendrin will ein Ort sein, wo jemand wirklich zuhört, wo man nicht möglichst schnell weitervermittelt wird. Wir bestärken Eltern, sich zu trauen, mit ihrem behinderten Kind einfach hin zu gehen, auf den Spielplatz, in den Sportverein...

Eltern und Fachkräfte arbeiten zusammen, ziehen an einem Strang. Bei uns sind 50 Prozent der Mitglieder Fachkräfte. Für die Stadt ist Mittendrin Unterstützung und Arbeiterleichterung – manchmal vielleicht anstrengend, weil fordernd. Hannover macht sich auf den Weg Richtung Inklusion. Da gehört die Beratung von Mittendrin logisch dazu.

WAS IST DAS DICKSTE BRETT FÜR MENSCHEN, DIE INKLUSION VORANTREIBEN WOLLEN?

Alle sagen: klar, Inklusion wollen wir! – Und dann kommt das mit den Kosten. Und dann kommen die großen ABERs: „Mit unseren Schülern geht das nicht, bei uns ist das zu schwierig, wir haben nicht genug Platz, nicht genug

Fachkräfte, nicht genug dies und das.“

Etwas wagen, statt schon das Scheitern voraus zu sagen, scheint so schwer. Wir vermeiden neue Erfahrungen, wir haben viele Befürchtungen. Eltern werden weiter Richtung Förderschule beraten, weil zu wenige Ressourcen in die inklusiven Angebote fließen und damit schlechte Bedingungen entstehen. Eltern müssen dann befürchten, dass ihr Kind in der „Inklusion“ zu wenig Unterstützung bekommt und bleiben mit ihrem Kind draußen.

In Niedersachsen gibt es keine Kampagne für Inklusion. Dabei ist „Bewusstseinsbildung“ eine wichtige Aufgabe in der UN-Konvention... Es ist manchmal wirklich ganz schön dick!

WAS MACHT MUT? WAS IST EIN ERFOLG FÜR EUCH?

Svenja: Mit Mittendrin ist man nicht allein – die Kinder nicht, die Eltern nicht, wir nicht. Schön ist es, wenn sich Eltern zurückmelden und sagen, dass es geklappt hat und wenn sie gerne wiederkommen. Wenn viele Menschen uns sehen, wenn wir präsent sind und viel nachgefragt werden.

Birgit: Wenn wir Eltern mitgeben konnten, was sie brauchten und wenn wir sie stärken konnten. Und dass die Region jetzt auch Geld für Mittendrin gibt – und tatsächlich einstimmig!

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



NEU IN DER RATSFRAKTION

Eva Vojinovic´ und Katrin Studier arbeiten seit Anfang des Jahres im Grünen Zentrum.

Seit Februar arbeite ich als Referentin für Gleichstellung, Migration und gegen Rechts-extremismus/Rassismus in der Geschäftsstelle der Grünen Ratsfraktion. Mein Name ist Eva Vojinovic´. Nach meinem Studium der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Geschlechterstudien und Migration an der Universität Hannover war ich als Bildungsreferentin beim Freundeskreis Tambacounda e.V., einer senegalesisch-deutschen NRO, im Bereich entwicklungspolitischer Bildungs- und Antirassismusbildung tätig. Zeitgleich begann ich mit meiner

Doktorarbeit zu Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit, für die ich im letzten Jahr mehrere Monate in Kenia und Tansania forschte. Meine erste Woche bestätigte mir mithilfe von AG-Treffen, Ausschusssitzungen und der Einführung durch mein hilfsbereites und nettes Team bereits, dass ich mich auf eine spannende und abwechslungsreiche Tätigkeit freuen darf.

EVA VOJINOVIC´

eva.vojinovic@hannover-rat.de



Schweren Herzens bin ich 2009 aus der Stadtratsfraktion ausgeschieden, frohen Herzens komme ich jetzt als Fraktionsreferentin zurück! Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit freue ich mich darauf, mein kommunalpolitisches Wissen, das ich als Ratsfrau erworben habe, „recyclen“ und erweitern zu können innerhalb dieser spannenden Aufgabe. Von Beruf bin ich Diplom-Redakteurin (FH) und habe in den letzten 10 Jahren als Technische Redakteurin und als Dozentin gearbeitet. Während dieser Zeit habe ich unter anderem Softwaredokumentationen erstellt und Marketing-Aufgaben

übernommen. Und obwohl das Schreiben von Anleitungen weitaus interessanter ist als das Lesen (wirklich wahr!), bin ich froh, im politischen Alltag mit seiner Rasanz, seinem gesellschaftlichen Bezug und seinem Abwechslungsreichtum mitzuwirken. In der Fraktionsgeschäftsstelle der Stadtratsfraktion werde ich die Fachbereiche Soziales und Organisation & Personal betreuen und mich um die Öffentlichkeitsarbeit kümmern.

KATRIN STUDIER

katrin.studier@hannover-rat.de



IN DEN SCHATTEN TEURER FASSADEN

Katrin Langensiepen (sozialpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion Hannover) und Sven Christian Kindler (MdB) auf Stadtrundgang mit dem Straßenmagazin Asphalt



GRÜNE BEIM SOZIALEN STADTRUNDGANG IN HANNOVER

Asphalt ist seit 17 Jahren das führende Straßenmagazin in Hannover und Niedersachsen und gehört nach diversen internationalen Preisen zu den sechs besten Straßenzeitungen der Welt. Das erfolgreiche Konzept der „Hilfe zur Selbsthilfe“ beschert dem Magazin eine hohe soziale Anerkennung. Es unterstützt sozial benachteiligte und wohnungslose Menschen dabei, ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf des Straßenmagazins aufzubessern und durch den Kontakt mit den KundInnen auf der Straße wieder in der Gesellschaft zurecht zu finden und an ihr teil zu haben. Zu den vielen Projekten des mehrfach ausgezeichneten Magazins gehört auch der soziale Stadtrundgang, an dem wir mit 20 Grünen Mitgliedern in Hannover teilgenommen haben. Ziel war es einmal fernab teurer Fassaden zu erkunden, wo es ungestörte Treffpunkte, Aufenthaltsorte und soziale Anlaufstellen für sozial benachteiligte Menschen in unserer Stadt gibt. Der Weg des sehr aufgeschlossenen und auskunftsfreudigen Asphalt-Verkäufers, der uns auf dem Stadtrundgang begleitete, führte vom „ka:punkt“ über das soziale Kaufhaus „Fairkauf“, in die Bahnhofsmission, vorbei an der „Step“-Fahrradwerkstatt und dem „Café Connection“ und schließlich zum Kontaktladen „Mecki“.

Der Stadtrundgang hat mal wieder eines verdeutlicht: Trotz des immer besser ausgebauten sozialen Netzes in Hannover, geht die Schere zwischen ver-

festigter Armut von Vielen und einem drastisch anwachsendem Reichtum von Wenigen immer weiter auseinander. Das zeigt sich an der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch am Zugang zu guter Bildung, Arbeit und Gesundheit. Es ist erschreckend, wie sich Armut und soziale Ausgrenzung in unserer Gesellschaft immer mehr verschärfen und gleichzeitig zehn Prozent der Menschen über 60 Prozent des Vermögens besitzen.

Wollen wir die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zurückdrängen, müssen wir auch die schwarz-gelbe Bundesregierung ablösen, die auf dem Rücken der Arbeitslosen und Armen einseitige Klientelpolitik für Besserverdienende betreibt. Bei der Verteilung der Lasten muss klar sein, dass die oberen zehn Prozent dieser Gesellschaft wieder mehr beitragen müssen. Deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Vermögenssteuer sowie den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und höhere Sozialleistungen für arme Menschen. Nur durch eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik können wir uns der zentralen Herausforderung annehmen, die Gerechtigkeitslücke zwischen den GewinnerInnen und VerliererInnen dieses Systems zu schließen, Armut und soziale Ausgrenzung überwinden und allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven-christian.kindler
@bundestag.de



ENERGIEWENDE FINANZIEREN

Die Energiewende ist eine milliardenschwere Herausforderung. Notwendig ist eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung. Doch die fährt die schwarz-gelbe Bundesregierung gerade gegen die Wand.

Die Energiewende ist eine milliardenschwere Herausforderung. Notwendig ist eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung. Doch die fährt die schwarz-gelbe Bundesregierung gerade gegen die Wand.

Mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten hat die Bundesregierung den sogenannten Energie- und Klimafonds (EKF), ein Schattenhaushalt neben dem regulären Bundeshaushalt, eingerichtet. Alle Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel sollen in den Fonds für Klimaschutzmaßnahmen fließen. Diese Koppelung ist grundsätzlich richtig. Aber dafür braucht es keinen Schattenhaushalt, ganz im Gegenteil. Der EKF ist mittlerweile krachend gescheitert. Wie ich schon in meiner Haushaltsrede zum Umweltetat im November 2011 prognostiziert habe, hat sich der Preis der Emissionszertifikate gegenüber den schwarz-gelben Planungen halbiert (von 17 Euro pro Tonne auf 8 Euro). Ergebnis: Im laufenden Haushaltsjahr werden 300 Millionen beim Marktreizprogramm für erneuerbare Wärme, Forschung für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz gekürzt. Unser Gegenkonzept: Der grüne Klimaschutzhaushalt. Pro Jahr werden in Deutschland 48 Milliarden Euro Subventionen, die den Klimawandel befeuern, verschenkt. Davon wollen wir kurzfristig 10 Milliarden im Flugverkehr, bei schweren Dienstwagen und bei Ausnahmen bei der Ökosteuer abbauen. Das ist wettbewerbspolitisch sinnvoll, hilft dem Klima und freut auch die HaushälterInnen: So ist genug Geld da für einen Energiesparfonds, Gebäudesanierungen und internationalen Klimaschutz.

Ohne Sinn und Verstand: Rösler und Röttgen. Ihre Pläne für die Deindustrialisierung der Solarbranche und Vernichtung von zehntausenden Arbeitsplätzen waren und sind verheerend.

Schön, dass der Bundesrat das erst mal mit Zweidrittel-Mehrheit gestoppt hat und den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Für uns Grüne ist klar: Solarstrom ist und muss weiter ein Eckpfeiler der Energiewende bleiben. Die Vergütungssätze sind in der Vergangenheit stark gesunken und könnten auch noch um weitere 20 Prozent reduziert werden. Der schwarz-gelbe Kahlschlag mit kurzfristig über 30 Prozent ist aber ökonomisch nicht mehr darstellbar und führt nur zu einem massiven Betriebsterben in der Solarindustrie. Auch die geplante Drosselung des Zubaus auf 900 MW würde das verstärken. Wir Grüne wollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht kaputt machen, sondern daran festhalten und weiterentwickeln. Vergütungssätze müssen kontinuierlich reduziert werden, aber mit Sinn und Verstand. Akuter Handlungsbedarf besteht beispielsweise bei den zu hohen Profitraten in der Bioenergieerzeugung.

Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif, aber immer noch deutlich billiger als die Milliardenimporte für Kohle, Öl, Gas und Uran. Von den ökologischen Kosten ganz zu schweigen. Am Geld scheitert die Energiewende nicht. Aber man muss es auch können und wollen. Offensichtlich kann und will es diese Bundesregierung nicht.

Ideen, Fragen, Kritik? Schreibt mir! Und gerne komme ich zur Diskussion zu diesem Thema auch in eure Ortsverbände und Stadtteilgruppen.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven-christian.kindler
@bundestag.de



Ist das Wunschbild der Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft realistisch?

Die Rohstofflieferanten für unsere „Lebensmittel“ – die Bauern – stehen unter Druck. Zum einen nehmen die Bürgerinnen mehr und mehr wahr, wie unsere Lebensmittel erzeugt und wie sie verändert werden. Und sie fragen sich, ob die Produkte gesund sind und ob sie Fleisch, Eier und Milchprodukte mit gutem Gewissen essen können. Zum anderen drücken die Veredeler und der Handel in einem unerbittlichen Kampf um Marktanteile die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Rohstoffe. Deshalb suchen die Bauern neue Erwerbsquellen, z.B. mit der Biogaserzeugung oder der Massentierhaltung, und investieren dabei sehr oft mit Hilfe von Krediten. Weil die Flächengröße eines Betriebes mitentscheidend dafür ist, ob ein Antrag auf Genehmigung einer solchen zusätzlichen Erwerbsquelle Erfolg hat, gibt es seit einigen Jahren einen Run auf landwirtschaftliche Nutzflächen, Pacht- und Kaufpreise steigen stark. Dabei konkurrieren die Landwirte mit außerlandwirtschaftlichen Investoren; selbst für geringwertige Böden ist der Preis erheblich gestiegen. Viele BesitzerInnen kleiner Höfe müssen deshalb aufgeben.

Diese Analyse ist das Fazit einer Informationsfahrt durch Süd-Westniedersachsen, die Viola v. Cramon, MdB von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, organisiert hatte. An dieser Fahrt vom 12. bis 13. März 2012 nahmen BUNDMitglieder, Mitglieder von Bürgerinitiativen, Tierschützer, Grüne und Mitglieder der AG Land und Tier teil. Die TeilnehmerInnen interessierte vor allem die Frage, wie eine bäuerliche Landwirtschaft, die umweltschonend unsere Grundnahrungsmittel erzeugt und ein abwechslungsreiches Landschaftsbild schafft, erhalten werden kann. Darüber wurde mit konventionell wirtschaftenden Landwirten, Ökobauern und FunktionsträgerInnen des Landvolks aus dem Emsland im Rahmen von Betriebsbesichtigungen diskutiert.

Zunächst wurde ein - sicher mustergültig arbeitender - Hühnerintensivmastbetrieb im Emsland besucht. Namhafte Vertreter des Landvolks und ein Tierarzt

LANDWIRTSCHAFT IM WANDEL

Eine Reise durch Süd-West-Niedersachsen mit Viola von Cramon, Mitglied des Bundestages.



GLÜCKLICHE SCHWEINE AUF DEM BIOHOF

versicherten uns, dass die Antibiotikaanwendungen verringert werden können, wenn bei Bedarf ätherische Öle im Stall versprüht werden. Die gravierenden Probleme des Überhangs an Gülle und die Umweltbelastungen durch Keime, Nitrat und Ammoniak wurden völlig verharmlost. Es war eine Stallbesichtigung eingeplant, doch zu unserer Überraschung wurde uns lediglich ein leerer, für die Aufstallung von Küken vorbereiteter Stall gezeigt.

Sehr aufschlussreich waren die Gespräche mit einer Gruppe von Junglandwirten. Die jungen Leute, alle überzeugte Unternehmer, beklagten, beim Verkauf ihrer Produkte einem Preisdiktat der Handelsketten unterworfen zu sein. Der Wunsch nach verlässlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen und einem Fördersystem, das nicht die großen Betriebe stärker fördert als die mittleren und kleinen, war eindeutig. Frau v. Cramon sicherte den jungen Landwirten zu, dass gesetzliche Änderungen und Förderrichtlinien unter einer grünen Bundes- bzw. Landesregierung nicht von oben herab, sondern durch einen Dialog mit Bauern so gestaltet würden, dass eine bäuerliche Landwirtschaft weiterhin erhalten bliebe. Dass

Agrarpolitik natürlich auch in Brüssel gestaltet wird, war dabei allen Beteiligten klar.

Ein konventionell betriebener Putenmastbetrieb mit eigener Schlachtung war die nächste Station. Aufstallung, Verarbeitungsanlage, Laden und Vertrieb machten einen guten Eindruck. Trotz der beeindruckenden Organisation war es nicht gut anzusehen, wie die auf schnelle Fleischbildung im Brustbereich gezüchteten, übergewichtigen Tiere in den Ställen vegetierten.

Interessant war auch der Einblick in eine Bioland-Brütereier. Dieser Hof brütet Hühnereier, Gänse-, Enten- und Puteneier für die biologische Geflügelhaltung aus. Die Haltung der Geflügel ist artgerecht. Beeindruckend zu sehen waren die Brutschränke und der tierschonende Transport der Küken, die dem Käufer direkt per Lieferwagen gebracht werden. Der Betrieb füttert die Tiere mit Futter aus biologischer Erzeugung. Es wurde deutlich, dass Betriebe, die so arbeiten, einen erheblichen Mehraufwand betreiben, um umweltschonend und tiergerecht zu wirtschaften,

Zum Schluss besuchten wir einen Biolandbetrieb, der von Vater und

Sohn geführt und als Hof in Familientradition erhalten wird. Der Betrieb wird nach dem Muster der „solidarischen Landwirtschaft“ (auch CSA genannt) entwickelt. Dabei wird der Zwischenhandel ausgeschaltet und die Bezahlung erfolgt nicht auf die uns vertraute Weise, sondern eine Gruppe von interessierten Verbrauchern erarbeitet gemeinsam mit den beiden Bauern, was angebaut wird und welche Tiere gehalten werden. Der Betrag, den die Bauern dafür brauchen, wird im Konsens vor Beginn eines Jahres festgelegt und beschlossen und von den Mitgliedern im Voraus bezahlt. Die erzeugten Produkte erhalten sie dann einmal wöchentlich. Das solidarische Element besteht darin, dass die Mitglieder das Risiko mittragen: Fällt die Ernte bei einem Produkt nicht gut aus, gibt's weniger davon. Die Teilnehmer haben so einen unmittelbaren Einblick in die Erzeugung – bei dem von uns besuchten Hof können sie sogar selbst mitarbeiten – und der Bauer produziert in einem finanziell gesicherten Rahmen nach ökologischen Prinzipien.

Mein persönliches Fazit dieser Reise lässt sich so zusammenfassen: Landwirtschaftspolitik muss so gestaltet werden, dass der Einfluss von Futtermittelkonzernen, Großschlachthöfen und Agrarlobbyisten radikal zurückgedrängt wird. Es muss den Bauern ermöglicht werden, tiergerechte Haltungsformen zu praktizieren und ihre Produkte zu einem Preis zu verkaufen, der ihre Existenz sichert. Eine herausfordernde Zukunftsaufgabe!

HANS-JÜRGEN PEIN
hansj.pein@gmx.net



Die niedersächsische Landeshauptstadt hat den globalen Umbruch der Wirtschaftsstruktur hervorragend überstanden: Heute gibt es im Stadtgebiet Hannovers 22.000 versicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr als 1980, darunter 57.000 hochinnovative im Technikbereich bei Großfirmen wie VW-Nutzfahrzeuge, Continental AG oder Johnson Controls (Boom bei Elektro-Autostarterbatterien), aber auch eine Vielzahl von Neugründungen und expandierenden KMUs. Die Einwohnerzahl Hannovers ist seit 2007 um 7.400 Personen (+1,5 Prozent) gestiegen. Die Anzahl der Geburten lag 2011 im Vergleich zu 2006 um 5,3 Prozent höher. Heute gibt es in der Region Hannover ca. 10.000 Arbeitsplätze mehr als im Jahr 2006, die Gewerbesteuerzahlungen haben 2011 ein Allzeithoch erreicht und der städtische Haushalt ist fast ausgeglichen!

Eine Stadt mit ausgezeichnetem Wirtschaftswachstum, die gleichzeitig 2011 von den Umweltverbänden den Titel „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ erhielt, wie passt das zusammen? Hannover erhielt diesen Titel in einem deutschlandweiten Vergleich von 123 deutschen Städten, weil hier Nachhaltigkeit und Biodiversität als grundlegendes Ziel im Stadtentwicklungsprozess verankert sind. Wurden die Großstädte in den 1980er und 90er Jahren als Ansammlung sozialer Probleme wahrgenommen, so stellt sich ein Teil von ihnen – darunter Hannover – heute als innovative Kraftzentren dar: Diese Städte gelten zunehmend als zukunftsorientiert, modern, innovativ weil die wirtschaftlichen und

ZUKUNFTSSICHERES HANNOVER

Hans Mönninghof, hannoverscher Umwelt- und Wirtschaftsdezernent, lobt die Stadt als innovativ mit hoher Lebensqualität.



NEUES RATHAUS IM GRÜNEN

sozialen Bereiche konsequent mit Umwelt- und Kulturaspekten verknüpft werden. Wurden früher insbesondere Wirtschaft und Umwelt als Gegensatz gesehen, so erweisen sich diese Themen in den vergangenen Jahren zunehmend als gegenseitige positive Bereicherung.

Die Entscheidung, in welcher Stadt eine Firma expandiert und wo hochqualifizierte Beschäftigte hinziehen, fällt, anders als allgemein geglaubt, im Wesentlichen nicht in der Vorstandsetage der Firmen, sondern am häuslichen Frühstückstisch und da ist Hannover hervorragend aufgestellt: Ende 2013 gibt es über 23.000 Betreuungsplätze für Kinder, davon mehr als 5.300 Plätze für unter Dreijährige – mit 54 Prozent Versorgungsquote ein Spitzenplatz unter den westdeutschen Großstädten. Dane-

ben ist Hannover Deutschlands grünste Metropole, mit fast 60 m² öffentlicher Grünfläche pro Einwohner. Ca. 50 Prozent des Stadtgebietes sind unbebaut und rund 20 Prozent stehen sogar unter Landschaftsschutz. Allein das – mitten in der Stadt gelegene – 640 Hektar große Waldgebiet, die Eilenriede, ist fast doppelt so groß wie der New Yorker Central Park. Bundesweit vorbildlich ist das Verkehrskonzept: Ausbau des Stadtbahnnetzes, eine Hybridbus-Flotte, das Ziel, bis 2025 den Radfahranteil von jetzt 13 Prozent auf 25 Prozent zu erhöhen, als Neuestes hunderte VWs in einer Carsharing-Flotte.

Darüber hinaus präsentiert sich Hannover als eine der führenden Klimaschutzregionen in Deutschland. Schon 14 Prozent des Stroms werden derzeit aus Windenergie gewonnen – ein hervorragender

Wert für einen städtischen Ballungsraum! Mit ca. 40.000 Studierenden ist die niedersächsische Landeshauptstadt zudem ein führender Forschungsstandort in Deutschland. So ist es nicht verwunderlich dass das Fundament für die Off-Shore-Windparks der Nordsee in Hannover im weltgrößten Wellenkanal in der Leibnizuniversität gelegt wird. Rund 250 Unternehmen mit über 3.000 Mitarbeitern befassen sich außerdem mit der Entwicklung, Produktion und Installation klimaschonender Energiesysteme. Über 20 Institute und Forschungseinrichtungen arbeiten im Energiesektor und Hannover feilt zur Zeit an einem Masterplan 2050, dass die Region dann vollständig klimaneutral ist. Das aktuellste Projekt: Im Rahmen einer Solarstromoffensive sollen bis zum Jahr 2020 auf einer Million Quadratmeter Dachfläche in der Stadt Photovoltaikanlagen stehen, die den Strombedarf von über 70.000 Personen decken. Hannover ist außerdem Vorreiter beim energieoptimierten Bauen: Bereits vor über zehn Jahren entstand zur Weltausstellung EXPO 2000 das weltweit beachtete Modellprojekt Kronsbergsiedlung. Die ca. 5.000 Bewohner produzieren dort rund 80 Prozent weniger CO₂ als für damals gesetzlich vorgeschriebenen Neubauten. Heute ist international der „zero:e park“ im hannoverschen Stadtteil Wettbergen führend: Hier entsteht mit rund 330 Wohneinheiten die größte Null-Emissionssiedlung Europas.

HANS MÖNNINGHOF
wirtschaft.umwelt@
hannover-stadt.de



SHITSTORM by Gunde



HIT DEM DIGITALEN ZEITALTER HALTEN
NEUE PROTESTFORMEN EINZUG

SCHEIßE!



ALLEN VORAN DER SOZ. SHITSTORM

Die deutsche Solarwirtschaft befindet sich mitten in ihrer schwersten Krise. Verantwortlich dafür sind einerseits asiatische Billigzellen, die hier gefertigten Qualitätsprodukten Konkurrenz machen. Andererseits hat die Bundesregierung ihren Würgegriff um die erneuerbaren Energien verfestigt und die Branche durch die Kürzung der Solarförderung in erhebliche Probleme gebracht.

Unter diesen Vorzeichen haben Mitglieder der Grünen Ratsfraktion gemeinsam mit weiteren interessierten Grünen zwei hannoversche Solarfirmen, Alfasolar und AS Solar, auf der diesjährigen Hannover Messe besucht. Wir haben uns beim diesjährigen Messebesuch über die wirtschaftliche Lage der beiden Unternehmen informiert und zugleich unsere Unterstützung für die hannoversche Solarbranche demonstriert.

Als erstes besuchten wir die Firma Alfasolar. Die 1993 gegründete Firma war zunächst ein reiner Vertrieb für Solarprodukte bevor sie zunächst in Schweden und seit September 2009 im Gewerbegebiet Hannover-Lahe mit der Produktion von Photovoltaikmodulen begonnen hat. Dabei spezialisierte sich Alfasolar auf die Produktion hochwertiger Solarmodule und schuf so allein in Hannover 100 Arbeitsplätze. Die Solarmodule von Alfasolar zeichnen sich durch eine pyramidenförmige Glasoberfläche aus, wodurch sie nach Angaben der Firma bis zu 5 % mehr Energie erzeugen als herkömmliche Solarzellen.

Die anschließend von uns besuchte Firma AS Solar ist besonders stark von der Krise der

SOLARKRISE

Grüne besuchen Hannover Messe 2012



V.L.N.R. MARK BINDERT, PAT DRENKE UND MAARET WESTPHELY BESUCHEN HANNOVERSCHE SOLARUNTERNEHMEN

Solarbranche betroffen. 2004 gegründet, vertreibt die Firma von ihrer Zentrale in Hannover aus europaweit Photovoltaik-, Solarthermie- und Pelletsysteme an das Fachhandwerk und an Installateure. Als neue Firmenzentrale dient AS Solar dabei ein altes Industriegebäude in Bornum, das die Firma zu einem Plus-Energie-Büro- und Lagergebäude mit einer der größten Photovoltaikanlagen Hannovers umgebaut hat. Die drastischen Kürzungen der Solarförderung durch die Bundesregierung und Konkurrenz durch chinesische Solarzellen, die von AS Solar derzeit nicht vertrieben werden, haben zuletzt jedoch dazu geführt, dass die Firma in Hannover 20 von 120 Arbeitsplätzen abbauen musste.

Zukünftig setzt AS Solar daher verstärkt auf den Bereich Eigenenergieverbrauch. Dazu bietet man einen kompakten Energiespeicher für private Eigenheime und Kleinstbetriebe an, mit dem sich bis zu 73 % des jährlichen Energieverbrauchs speichern lassen sollen.

Während Schwarz-Gelb mit der rigorosen Kappung der Solarförderung die Energiewende blockiert, die klimapolitischen Ziele und eine unverzichtbare Zukunftsbranche mit den damit verbundenen Arbeitsplätzen gefährdet, setzen wir in Hannover verstärkt auf die Solarenergie. Das zeigt die städtische Kampagne „Eine Million Quadratmeter Solarstromfläche für Hannover bis 2020!“, die sich zum Ziel

gesetzt hat, mit Hilfe eines Solaratlas im Internet und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die heutigen Solarstromflächen in Hannover um das 16fache bis zum Jahr 2020 zu steigern. Diese dann eine Million Quadratmeter Photovoltaik-Anlagen würden den heutigen Stromverbrauch von 72.000 HannoveranerInnen decken und jährlich 77.000 Tonnen CO2 einsparen. Wovon sowohl das Klima als auch die regionalen Solarhandels- und Handwerksbetriebe profitieren würden.

Bereits heute stammen 20 Prozent des Strombedarfs für hannoversche Privathaushalte aus regenerativer Energieerzeugung. 2020 sollen 100 Prozent des Stroms für Privathaushalte aus regenerativen Quellen und 100 Prozent des Stroms für alle VerbraucherInnen in Hannover, inklusive Industrie und Gewerbe, aus erneuerbarer Energieerzeugung plus Kraft-Wärme-Kopplung stammen. Dafür wollen die Stadtwerke Hannover, die wir als drittes Energieunternehmen auf der Hannover Messe besuchten, bis 2020 590 Millionen Euro in regenerative Energien investieren. Zusammen mit anderen hannoverschen Firmen stehen die drei von uns besuchten Unternehmen, Alfasolar, AS Solar und die Stadtwerke Hannover AG, für den Umstieg auf dezentrale, effiziente, regenerative und damit umweltfreundliche Energieträger in Hannover.

PAT DRENKE

rat@pat-drenke.de



BLEIBT UNS NUR EIN NOSTALGISCHER BLICK ZURÜCK AUF PROTESTE DES ZEITALTERS 1.0...



... ALS MEINUNGSUNTERSCHIEDE NOCH SACHLICH OFFLINE AUSGETRAGEN WURDEN.



CDU-LOHNUNTERGRENZE IST BETRUG

Die CDU ist in großer Not. Seit fast einem Jahr versucht die Merkel-Partei das Thema Mindestlohn zu kapern, um den Eindruck zu erwecken, sie Sorge für Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Herausgekommen ist bisher lediglich ein windelweiches Eckpunktepapier. Selbst wenn dies eins zu eins umgesetzt würde, blieben Millionen Niedriglohn-Beschäftigte ungeschützt. Denn der Vorschlag läuft darauf hinaus, dass der CDU-Mindestlohn mit tariflich vereinbarten Niedriglöhnen unterlaufen werden kann. Die Friseurinnen in Sachsen müssten weiter für 3,06 Euro pro Stunde arbeiten und den Scheingewerkschaften, die Gefälligkeitstarifverträge abschließen, würde Tür und Tor geöffnet. Hinzu kommt, dass die Union bei der Festlegung einer Lohnuntergrenze allein auf Einigungen der Tarifpartner setzt; die Wissenschaft bleibt außen vor. Und wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber sich nicht verständigen, soll notfalls durch einen Schlichter per Los entschieden werden. Anstatt Verantwortung zu übernehmen, überlässt die Union also die Frage fairer Löhne dem Zufallsprinzip. Die Gefahr, dass die Beschäftigten dabei eine Niete ziehen, ist groß. Aber soweit wird es gar nicht erst kommen, denn die FDP lehnt jede Lohnuntergrenze ab und Kanzlerin Merkel hat erneut betont, dass sie bei ihrem NEIN zum gesetzlichen Mindestlohn bleibt.

PREKÄRE REPUBLIK DEUTSCHLAND

Mehr als 900.000 Leiharbeitskräfte, 2,7 Millionen befristete Arbeitsverträge, nahezu 7,5 Millionen Minijobberinnen und fast 8 Millionen Niedriglohn-Beschäftigte: Das ist die Kehrseite des sogenannten Jobwunders, das sich Frau Merkel und Herr Rösler immer wieder auf die Fahnen schreiben. Gut 75 Prozent des zwischen 2009 und 2010 verzeichneten Beschäftigungszuwachses sind auf die Zunahme sogenannter atypischer Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Diese Zahlen sind erschreckend und dokumentieren den Vormarsch prekärer Beschäftigungsverhält-

nisse. Und weil Schwarz-Gelb einen richtigen Mindestlohn, Equal-Pay für Leiharbeitskräfte und die Einschränkung von befristeten Arbeitsverträgen verhindert und die Minijobs sogar noch ausdehnen will, wird sich die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Wir Grüne wollen das Problem der prekären Beschäftigung von zwei Seiten angehen: Zum einen sollen flexible Beschäftigungsverhältnisse stärker reguliert und ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Zum anderen wollen wir die Arbeitslosenversicherung so reformieren, dass diejenigen, die in die Versicherung einzahlen, bei Arbeitslosigkeit besser von ihr geschützt werden. Mehr dazu unter

<http://gruenlink.de/8q6>

TEURE HERDPRÄMIE STATT GUTER KITAS

Der Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Haushalt 2013 zeigt, dass Schwarz-Gelb trotz allen Streits am Betreuungsgeld festhalten will. Für 2013 sind für die Herdprämie 400 Millionen Euro eingeplant, 2014 sogar 1,2 Milliarden Euro. Die Antwort auf die Frage, wie diese Ausgaben finanziert werden sollen, bleibt die Bundesregierung allerdings schuldig. Selbst Arbeitsministerin von der Leyen hat das Betreuungsgeld als „bildungspolitische Katastrophe“ bezeichnet. Denn es bietet einen enormen Anreiz, Kindern Förderangebote vorzuenthalten und Mütter vom Arbeitsleben fernzuhalten. Für uns Grüne ist klar: Wir wollen in gute Kitas investieren; das rentiert sich für die Kinder, für die Eltern und für die Gesellschaft!

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de
Tel.: 030 227-74527



VOR DER WAHL 2013: SCHWARZ-GELB RAMPONIERT

Zwei Wahltage, zwei Regierungsbeteiligungen - das ist eine tolle grüne Bilanz. Aber nicht nur wegen der grünen Erfolge lohnt sich der Blick auf die Ergebnisse in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Vielmehr können auch Rückschlüsse für die anstehende Landtagswahl in Niedersachsen und die folgende Bundestagswahl gezogen werden.

Erstens: Wir Grünen können uns trotz der Piraten behaupten und -siehe Schleswig-Holstein - sogar zulegen; allerdings ist es mit den Überfliegerwerten vorbei. Das linke Lager hat sich ausdifferenziert. Neben Grünen, SPD und Linken tummeln sich dort nun auch die Piraten und das werden sie vermutlich noch länger tun. Das ist aber kein Grund für Schockstarre; eher ein Anlass, genauer hinzugucken. Fast zwei Drittel der Piraten-WählerInnen machen ihr Kreuz aus Unzufriedenheit mit den anderen Parteien, nicht wegen der inhaltlichen Angebote. Deutlich anders ist es bei uns Grünen. Wir werden mehrheitlich wegen unserer Inhalte gewählt. Es stellt sich also die Frage, wo wir welche Lücken haben - strukturell in der Arbeitsweise und der Kommunikation, aber auch in einzelnen Themenbereichen der Netzpolitik. Gleichzeitig müssen wir unseren Markenkern „Ökologie und Solidarität“ stärken und das gute Profil unserer glaubwürdigen Kandidaten ausbauen. Als grüne Piraten-Kopie gibt es keinen Blumentopf zu gewinnen, eher als hellwache MitbewerberInnen, die verstanden haben, dass Konkurrenz das Geschäft belebt.

Zweitens: Die Regierungsbildung wird zukünftig schwieriger werden, denn jenseits Großer Koalitionen lassen sich Mehrheiten vermutlich öfter nur in größeren Bündnissen organisieren. Das Ergebnis in NRW ist vielleicht eher die Ausnahme. Die Regel werden fünf oder sechs Fraktionen in den Parlamenten sein, von denen

vier dem linken Spektrum angehören. Dass sich die Pleite-Serie der Linken fortsetzt, können wir uns wünschen, garantiert ist es nicht. Wir können uns auch nicht darauf verlassen, dass die FDP ihre landespolitische Wiederauferstehung nur einem „Kubicki-“ bzw. „Lindner“-Effekt“ zu verdanken hat und ansonsten im Quotientief bleibt. Und ob sich die konservativen Spitzenkandidaten in Niedersachsen und im Bund ähnlich stümperhaft verhalten wie Röttgen ist fraglich.

Umso erfreulicher, dass bei der hiesigen CDU gleich zweimal der Blitz eingeschlagen hat: in der neuesten NDR-Umfrage liegt McAllisters Regierungspartei vier Prozent hinter der SPD und Rot-Grün hat einen komfortablen Vorsprung. Und dann kenterte bei einem Bootsausflug auf dem Zwischenahner Meer auch noch das halbe Kabinett und musste sich triefnass dem Gespött aussetzen. Dazu kam der Rauswurf von Röttgen, der doch für die Bundesregierung die Energiewende und den Atomausstieg managen sollte; alles zusammen wirklich kein gutes Omen für die CDU vor der anstehenden Wahl in Niedersachsen. Es ist sicher nicht übertrieben, den Beginn einer Wechselstimmung zwischen Harz und Heide festzustellen. Für uns heißt das, mit einer authentischen grünen Strategie, die mit ökologischen und sozialen Inhalten und mit Eigenständigkeit punktet, alles dafür zu tun, dass für Schwarz-Gelb in Hannover und im Bund der Abschied eingeläutet wird. Ökologischer Umbau, Haushaltskonsolidierung, Bildungsreformen und Gerechtigkeit - wir haben den WählerInnen viel zu bieten.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de



RATSHERR IM BUNDESTAG

Pat Drenke hat ein studienbegleitendes Praktikum im Bundestagsbüro von Brigitte Pothmer absolviert. Warum Wochenenden überbewertet sind, wann die Bild ihm aus dem Herzen spricht, und, warum auch Du über ein Praktikum bei Brigitte oder Sven nachdenken solltest, berichtet er hier.

MONTAG

Erstmal die Regionalpresse durchschauen und Ausschusunterlagen vorbereiten. Dann Bürobesprechung, Arbeitsgruppen-sitzung und wieder zurück an den Schreibtisch. Recherche für eine kleine Anfrage, Entwurf eines Hintergrundpapiers für das nachmittägliche Pressegespräch und anschließend letzte Vorbereitungen für eine Fachtagung. Obwohl mir das niemand glaubt, ich mag Montage. Die Vorbereitung von Plenum und Ausschuss, die inhaltliche Arbeit entlang von Anträgen und Anfragen, und das alles mit der aus zwei freien Tagen geschöpften Energie im Rücken.

DIENSTAG

Kaffee. Viel Kaffee. Zwei Liter habe ich bereits getrunken. Dienstage sind halt keine Montage. Jetzt stehe ich beim Drogeriemarkt an der Kasse, mit einem weiteren Pfund des bitteren Wachmachers in der Hand. Im Kopf den Gedanken an die nächste Tasse und den Papierberg, den ich beim Trinken durchforsten werde. "Na, hart am arbeiten?" fragt jemand. Das war ja wieder klar. Ein Kollege aus einem anderen Abgeordnetenbüro steht grinsend neben mir und sein bedeutungs-schwangerer Blick auf das Paket in meiner Hand lässt ahnen, dass er überzeugt ist, mich bei meiner zentralen Praktikumsaufgabe angetroffen zu haben. Wenn der wüsste...

MITTWOCH

Die Bild spricht mir ausnahmsweise mal aus dem Herzen. "Das Fass läuft nicht über" titelt das Blatt in großen Buchstaben und kündigt damit die gefühlt eintausendste Enthüllung eines wulffschen Freundschaftsdienstes an. An diesem Mittwochmorgen ist es noch die treffendste Interpretation der hartnäckigen Weigerung des Präsidenten, zurückzutreten. Am nächsten

Tag bittet die Staatsanwaltschaft um Aufhebung der Immunität. Was dann folgt, ist Formsache. Das Fass läuft über. Am Sonntag läuft dann die Tickermeldung über den Bildschirm: "Gauck wird neuer Bundespräsident". Das ging schnell.

DONNERSTAG

Plenum. Das Thema heißt Asse. Als Niedersachsen bewegt es mich besonders, zu sehen und zu hören, wie im Bundestag über den kollabierenden Salzstock voller atomarem Abfall gesprochen wird. Es geht um Bergrecht und Atomrecht. Es geht um zu früh getroffene Festlegungen und zu spät angestrenzte Überprüfungen. Es geht um die Frage, wie man verfährt mit einem unterirdischen Müll-GAU. Ich bin beeindruckt von der Ausführlichkeit der Diskussion, aber inhaltlich verärgert über manchen Beitrag. Zwischen den Zeilen lässt sich weiterhin eine Zuneigung der Regierungsfractionen zur Atomkraft erkennen. Trotz Fukushima und Asse, trotz gefasstem Ausstiegsbeschluss und Bürgerprotesten. Auf dem Rückweg ins Büro schwirrt mir immer wieder der selbe Gedanke durch den Kopf: "Wann begreifen die es endlich?"

FREITAG

Morgens geht es um Minijobs, Nachmittags um Weiterbildung. Zwischendurch sind Bürgerbriefe zu beantworten, Telefonate zu führen, Vorbereitungen für die nächste Woche zu treffen. Das Stichwort für Freitage heißt "Wegarbeiten". Wie bei einer Meisterschaft werden Freitags die digitalen und analogen Berge an zurückgestellten Aufgaben in beeindruckendem Tempo niedergemacht. Dann geht es aber auch ab ins Wochenende. Freuen auf zwei freie Tage. Und auf Montag.

PAT DRENKE

rat@pat-drenke.de



AUS DEM LANDTAG

SCHULDENBREMSE UND KEIN ENDE...

Die/der interessierte BetrachterIn von Außen wird kaum noch nachvollziehen können, wer nun im Landtag warum für wie viel oder wie wenig Schuldenbremse in Niedersachsen ist. Bei der Anerkennung des von der großen Koalition im Bund in die Verfassung geschriebenen Neuverschuldungsverbotes gibt es mit Ausnahme der Linken zwar noch Einigkeit, verwirrend ist aber der Meinungskampf hier zu Lande über die Frage, ob es dazu eine Entsprechung in der niedersächsischen Verfassung geben sollte und für welchen Zeitpunkt ein solches Neuverschuldungsverbot umsetzbar erscheint. Deshalb hier aus gegebenem Anlass ein Hintergrundbericht:

CDU und FDP versuchen sich in Symbolpolitik durch ihre Ankündigung bereits zum Jahr 2017 die Neuverschuldung auf Null bringen zu können. Zusätzlich möchten sie das auch noch in der Verfassung festschreiben. Der Disput mit der Opposition über diesen Schulden „Abbaupfad“ wird von der Regierungsmehrheit dafür genutzt zu versuchen sich als die besseren SparpolitikerInnen darzustellen. Dabei hat es noch in keiner Regierungszeit vor dieser Koalition aus CDU und FDP so viele neue öffentliche Schulden in Niedersachsen gegeben, wie in den vergangenen neun Jahren (Steigerung der Schulden aus 2003 von 40 Mrd Euro auf 57 Mrd Euro). Auch der gegenwärtige Haushalt schleppt noch ein Defizit von ca. 2 Mrd. Euro mit sich. Deshalb können CDU und FDP nicht überzeugend darlegen, dass ihre Initiative mehr ist als eine Show-Veranstaltung im Vorwahlkampf.

Die SPD ist dennoch in der Zwickmühle. Nämlich zwischen der von den sie stützenden Gewerkschaften grundsätzlich geforderten Aussetzung des Neuverschuldungsverbotes und der eigenen Urheberschaft aus der großen Koalition. Heraus kommt ein kräftiges „Sowohl als Auch“. Die SPD fordert ein Neuverschuldungsverbot mit

Schlupflöchern nach jeweiligem Bedarf, dessen Vereinbarkeit mit der Schuldenbremse im Grundgesetz mehr als zweifelhaft ist.

Wir Grüne stehen wie so oft dazwischen. Nachhaltigkeit auch in der Haushaltspolitik ist Ur-Grüne Überzeugung. Andererseits hat außer den Linken keine andere Partei einen so gewaltigen, leider auch kostenträchtigen Umsteuerungskatalog insbesondere in der Bildungs- und Sozialpolitik. In diesem Spagat werden wir zwangsläufig zu deutlich konsequenteren Sparpolitikern im Vergleich zu den Sozialdemokraten. Wegen der viel größeren inhaltlichen Umsteuerungsbedarfe sind wir aber ebenso weit entfernt von den „Sparen als Selbstzweck“-Politikern von CDU und FDP. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass eine Schuldenbremse für uns nur im Zusammenhang mit zusätzlichen Einnahmen denk- und rechenbar ist. Ob die Vorgaben am Ende in der Verfassung stehen oder nur in der Landeshaushaltsordnung ist für uns nicht so entscheidend.

Die von uns Grünen vorgeschlagenen Konkretisierungen, wie zum Beispiel eine langfristige Finanzrahmenplanung zum notwendigen Abbau des strukturellen Defizits, fand bisher keine Zustimmung bei den Regierungsfractionen. Das ist bedauerlich, denn mit einer solchen Maßnahme ließe sich ein möglichst gleichmäßiger kontinuierlicher Abbau der Nettoneuverschuldung bis 2019 flexibel steuern. Auch eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Einnahme- und Ausgabeverantwortung des Landes für den Haushaltsausgleich wurde abgelehnt.

Wir stellen uns jetzt mit einem eigenen grünen Antrag zur entsprechenden Änderung der Landeshaushaltsordnung der Plenardebate. Sollten die anderen Fraktionen sich unserer Position inhaltlich annähern wären wir auch für eine entsprechende Verfassungsänderung offen, wenn denn dies eine gemeinsame Beschlussfassung ermöglichen würde.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



AUS DER REGION

ASBESTHALDE WUNSTORF-LUTHE

Bisher war geplant, den Asbestzementschlamm auf Sonderabfalldeponien in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu verlagern. Verwaltungsrichter haben aber Ende April die Fahrten untersagt. Da das betroffene Unternehmen keinen weiteren Rechtsstreit will, haben sich die Rahmenbedingungen geändert: Es gibt Klarheit! Die Sicherung vor Ort erscheint als einzige sinnvolle Sanierungsmöglichkeit. Ein tiefes Loch oder ein neues Schüttfeld in Kolenfeld als weitere Varianten überzeugen uns bisher nicht.

Aus Sicht der Fraktion hat das für Sonderabfälle zuständige Land Niedersachsen versagt, das dem beauftragten Entsorgungsbetrieb die Deponien zugewiesen hatte und die Transporte genehmigt hatte. Nun erwarten wir, dass das Land seiner Verantwortung nachkommt und uns bei der Sanierung fachlich und finanziell unterstützt. Wir müssen nun schnell zu einer Lösung kommen, weil nach wie vor von der Halde Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeht.

INFAS-VERKEHRSSTUDIE

Eine Studie im Auftrag der Region zeigt in einem Vergleich von 2002 zu 2011, dass die Hannoveranerinnen und Hannoveraner für immer mehr Wege Bus, Bahn oder Fahrrad nutzen.

Regionsweit wird demnach im Schnitt für drei Prozent weniger Wege das Auto genutzt. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der zurückgelegten Wege mit Bus, Bahn oder Fahrrad um sechs Prozent.

Die Tendenz ist gut. Im Umland gibt es aber noch viel zu tun: Die Nutzung von Auto und Motorrad sind dort gleich hoch geblieben. Es gab lediglich Verschiebungen unter den umweltverträglichen Verkehrsmitteln.

Die Studie wird von Verkehrsexperten noch genauer ausgewertet, klar ist aber jetzt schon, dass wir Grüne in der Region und in allen 21 Kommunen gemeinsam daran arbeiten müssen, dass mehr Menschen das Auto stehen lassen.

REGION STOCKT SPRACHFÖRDERUNG AUF

Seit dem Jugendhilfeausschuss vom 8. Mai steht das neue Konzept für die Sprachförderung in Kindertagesstätten. Durch einen rot-grünen Haushaltsantrag investiert die Region nun über 550.000 Euro Eigenmittel in die vorschulische Bildung von Kita-Kids insgesamt sind es 850.000 Euro. Durch die Aufstockung können jetzt zwei Konzepte gefahren werden. Zum einen wird durch Landesmittel in die Fortbildung von Erzieherinnen und Erzieher investiert und zum anderen können zusätzliche Sprachförderkräfte die Kita-Kinder fördern. Ohne die Entscheidung mehr Geld in die Sprachförderung zu stecken, hätten die zusätzlichen Kräfte nicht weiter in die Kindertagesstätten geschickt werden können. Schon die letzte Evaluation der Sprachförderung der Region hat gezeigt wie wichtig es ist, dass externe Sprachförderkräfte die Drei- bis Fünfjährigen in ihrer Sprachentwicklung unterstützen. Durch beide Konzepte können wir die Förderung unserer Kinder qualitativ steigern. Darüber hinaus verbessert ein Änderungsantrag zur Richtlinie der Sprachförderung in der Region von Rot-Grün die Verzahnung beider Konzepte. Wir sind überzeugt, dass sich die finanzielle Aufstockung weiter positiv in der nächsten Evaluation niederschlägt, denn Sprache ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

NIEDERFLUR KLAR ÜBERLEGEN

Meike Schümer zu den Vorteilen eines vernetzten ÖPNV mit Niederflurtechnik

NIEDERFLUR IST WIRTSCHAFTLICHER!

Bisher wurde von HochflurbefürworterInnen die Wirtschaftlichkeit der Niederflurlösung bezweifelt. Dabei wird ein wesentlicher Punkt vernachlässigt: Bei einem Niederflursystem können mehr Haltestellen bestehen bleiben bzw. geschaffen werden – Dadurch sind höhere Fahrgastzahlen und damit Mehreinnahmen zu erwarten!

Dr.-Ing. Apel vom VCD hat für die Limmerstraße berechnet. Dort müssten die Haltestellen verlegt werden, wenn Hochbahnsteige angelegt werden sollen. Der Abstand zwischen den Haltestellen wächst, die Erschließung von Linden-Nord wird durch diese Verlegungen erheblich verschlechtert. Das würde zu einem Fahrgastverlust von 10 bis 15 Prozent führen. Bei einem durchschnittlichen Erlös von 1,20 Euro je Fahrgast, ist dann mit einem jährlichen Verlust von 750.000 Euro zu rechnen.

Auch Verkehrsexperte Prof. Meyfahrt betont die Bedeutung der Haltestelleneinzugsbereiche: „Da Niederflurhaltestellen leichter städtebaulich integrierbar sind, können zusätzliche Haltestellen z.B. Limmerstraße, am Clevertor und in der Kurt-Schuhmacher-Straße zusätzliche Fahrgäste und damit Nutzvorteile bringen.“ Wir meinen, dass schon allein deshalb Niederflur für die Linie 10 betriebswirtschaftlich überlegen ist und somit auch vom Land gefördert werden kann.

Denn für die Förderfähigkeit eines Projektes ist die volkswirtschaftliche Bewertung („Nutzen-Kosten-Analyse“), nicht das betriebswirtschaftliche Ergebnis maßgeblich! Die Fahrgastzahlen schlagen in der volkswirtschaftlichen Bewertung bedeutend zu Buche. Das liegt daran, dass ein Teil der verlorenen Fahrgäste statt der Bahn das Auto nutzen würden und die zusätzlichen Abgase, Lärm und Unfallrisiken

in die Bewertung einfließen. Daraus wird deutlich: Bei einer Nutzen-Kosten-Analyse ist die Niederflurlösung klar überlegen!

NIEDERFLUR IST BARRIEREFREIER!

Fakt ist: Hochbahnsteige schaffen Barrieren. Die hüfthohen Bauwerke verschandeln nicht nur das Straßenbild, sondern sind auch unbequem für alle Menschen. Niederflurbahnsteige hingegen können am Straßenrand in die Bürgersteige integriert werden – sie schaffen einen barrierefreien Zustieg praktisch vom Gehweg und niemand muss umständlich die Rampen der Hochbahnsteige nutzen. Damit sind sie ein Meilenstein für die selbstbestimmte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Bereits vor dem Bau eines Niederflurbahnsteigs sind die Bahnen leichter zugänglich. Sobald die erste Bahn auf den Scheinen rollt, können alle Fahrgäste von der niedrigen Einstiegshöhe profitieren.

NiederflurgegnerInnen behaupten ein Niederflursystem in Hannover würde identisch mit dem in Bremen oder Kassel. Das ist nicht der Fall. Selbstverständlich werden in der Region Hannover keine Abstriche gegenüber den bisherigen Standards für die Barrierefreiheit gemacht. Mit der Anschaffung von Niederflurbahnen werden die Haltestellen entsprechend umgebaut. Dabei wird die Höhe der Bahnsteige den Fahrzeugen angepasst!

Auch im Innenraum sind Niederflurbahnen barrierefrei, denn sie sind mit einer Durchfahrtsbreite von 75 cm für Standardrollstühle und Kinderwagen komplett durchfahrbar. Darüberhinaus bieten sie geräumige Mehrzweckabteile, die Platz für größere Rollstühle bieten und von zwei Türen aus erreichbar sind. Damit ist klar: Niederflur ist barrierefrei!

MAIKE SCHÜMER
maike.schuemmer@web.de



MARKS BEHÄLT MANDAT & ARBEIT

Der Grüne Ratsherr Frank Marks aus Barsinghausen, der als Hausmeister in einer Schule tätig ist, darf in den Rat einziehen. Nach Niedersächsischem Kommunalwahlgesetz dürfen Angestellte der Verwaltung nur dann ein Mandat übernehmen, wenn sie überwiegend körperliche Arbeiten verrichten. Dies wurde von der Wahlleitung jedoch in Frage gestellt.



**FRANK MARKS, RATSMITGLIED
BARSINGHAUSEN.**

Unter Berufung auf die gesetzliche Vorschrift stellte die Stadt schon früh das passive Wahlrecht des Kandidaten in Frage. Aber es gibt eine Ausnahme, die ebenfalls im Gesetz bestimmt ist. Danach können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit „überwiegend körperlicher Arbeit“ durchaus ein Ratsmandat wahrnehmen.

Der Streit entstand also darüber, ob ein Hausmeister überwiegend körperlich oder geistig (administrativ) arbeitet. Die Stadtverwaltung setzte sich über die klare Kommentierung zur NGO hinweg, wonach Mitarbeiter im Boten-, Hausmeister- und Reinigungsdienst überwiegend körperliche Arbeiten verrichten. Vorgesetzte in der Stadtverwaltung versuchten zunächst Frank von einer Kandidatur ganz abzuhalten. Diese Bemühungen gipfelten in der Aussage, dass er im Falle seiner Wahl seinen Job als Hausmeister verlieren würde. Damit wurde ganz deutlich das Ziel einer „Wahlbehinderung“ verfolgt. Dann musste Frank Arbeitsnachweise mit detaillierten Angaben zu seinen Tätigkeiten vorlegen. Es war schon überraschend, dass die Verwaltung anscheinend selbst nicht genau wusste, was ihr Mitarbeiter zu tun hat. In der Auswertung der Stadtverwaltung kam es zu ziem-

lich „schrägen“ Einordnungen, was als körperliche Arbeit zu bezeichnen wäre. So wurden Kontrollen des Schließdienstes und Botendienste als rein administrative Tätigkeit gewertet. Tischlerarbeiten oder die Herrichtung einer Sprunggrube wurden nur zur Hälfte als körperliche Arbeit anerkannt. Die Toilettenanlagen zu überprüfen und ggf. wieder „gängig“ zu machen, auch das wurde nicht als überwiegend körperliche Arbeit angesehen.

Ein Teil der GRÜNEN in Barsinghausen und einige Gewerkschaftsmitglieder protestierten gegen die aus ihrer Sicht unerklärlichen Verzögerungen und gaben ihre Unterstützung auch nach der erfolgreichen Wahl nicht auf. Nach mehreren Monaten der Unsicherheit gelang es mit der qualifizierten Unterstützung durch den Rechtsanwalt Dr. Klaus-Henning Lemme, dass Frank Marks sein Mandat im Stadtrat Barsinghausen nun wahrnehmen kann.

HANNELORE HEIDECKE
huh.heidecke@
freenet.de



AUS ORTSVERBÄNDEN

GRÜNE RADTOUR

Mit einer Radtour zu Orten erneuerbarer Energien erinnerten die Grünen in Ronnenberg am 15. April 2012 an die Reaktorkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl (Gedenktag 26. April). Nach der Abschaltung der acht ältesten Reaktoren fordern die Grünen auch die Abschaltung der restlichen Atomanlagen.

Zwanzig TeilnehmerInnen aus dem ganzen Stadtgebiet von Ronnenberg und Isernhagen nahmen an der Radtour teil. Erste Station war die Biogaslage in Ronnenberg. Wissenswertes erklärte dazu die Grüne Agrarbiologin und Energieberaterin Christine Tröster-Rutzen.

Danach ging es weiter nach Weetzen, wo zuerst die Holzpelletanlage der Stadt Ronnenberg am Sportplatz des SV Weetzen vom Grünen Energieberater Andreas Lau vorgestellt wurde. Sie erzielt im Vergleich zur alten elektrisch beheizten Anlage bis jetzt mehr als ein Drittel Einsparung.

In Weetzen stellte Andreas Lau an der Regenbogenschule die Bürgerphotovoltaikanlage vor an der sieben BürgerInnen beteiligt sind. Hier wurde deutlich, wie schädlich die vom Bundesminister Rössler beschlossene Kürzung der Einspeisevergütung für die dezentrale Energiegewinnung durch Photovoltaik ist.

Weiter ging es dann mit dem Rad nach Vörrie, wo uns der Landwirt Eckehardt Baumgarte (Miteigentümer der Biogasanlage in Ronnenberg BIRO) über die Fruchtfolge der Energiepflanzen, deren Anbau sowie die Vermaisung der Landschaft aus Sicht eines konventionell arbeitenden Landwirts aufklärte.

Über Ihme-Roloven ging es abschließend in die Kückenmühle zur Einkehr und Nachbesprechung der Grünen Radtour.

GERNICAUSSTELLUNG IN NEUSTADT

Eine alte Forderung des Arbeitskreises Regionalgeschichte in Neustadt nimmt die Landtagskandidatin Ute Lamla, Wahlkreis Neustadt/Wunstorf, wieder auf und erinnert: Benennung einer Straße in Neustadt mit „Gernika“ oder Schaffung einer Tafel o.ä. zur Erinnerung an die Gräueltaten und ersten Flächenbombardierungen der Geschichte. Aus Anlass des 75-jährigen Jahrestages besuchten drei Mitglieder des OV Neustadt die kritische Ausstellung: „... ein voller Erfolg der Luftwaffe“ - die Vernichtung von Guernica / Gernika am 26. April 1937 des Arbeitskreises Regionalgeschichte, die in der KGS zu sehen war. Weder in Wunstorf, Neustadt noch in Langenhagen gibt es eine Erinnerung an die Bombardierungen der deutschen Luftwaffe von den dortigen Fliegerhorsten und damit der massiven Unterstützung des Diktators Franco in Spanien. Auch der Delmenhorster Fliegerhorst gehörte dazu. Spanien hatte eine Linksregierung gewählt, die der Diaktor nur durch die Luftwaffenunterstützung stützen konnte. Damals sind viele Menschen aus ganz Europa nach Spanien gereist, um gegen den Diktator zu kämpfen. Ernest Hemingway hat in vielen Geschichten an diesen Bürgerkrieg erinnert.

Ute Lamla und die Grünen in Neustadt und Wunstorf setzen sich dafür ein, dass in beiden Städten die oben genannte Forderung des Arbeitskreises umgesetzt wird und so an die Zerstörung Gernikas erinnert wird. Die Ausstellung ist zur Zeit bei verdi in Hannover zu sehen. Als der Arbeitskreis die Schulen anscrieb mit der Bitte, die Ausstellung zu zeigen, hat sich in Wunstorf keine Schule für die Übernahme der Ausstellung gefunden. Ich denke, beide OVs bleiben dran.

EURER OV RONNENBERG
info@gruene-ronnenberg.de

EURER OV NEUSTADT
postmaster@
gruene-neustadt-a-rbge.de

AUS DEM RATHAUS

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Auf Initiative der Grünen wurde im März des Jahres ein Rot-Grüner Antrag zur Frauenförderung beschlossen: Ziel der LHH ist die Erhöhung des Frauenanteils in Unternehmen mit städtischer Beteiligung, besonders auf Führungsebenen. Die vorangegangene Bestandsaufnahme zeigte, dass gerade in städtischen Beteiligungen Handlungsbedarf besteht. Zielmarke für Frauen in den ersten Führungsebenen in städtischen Beteiligungen ist eine Quote von 40 Prozent. Maßnahmen zur Umsetzung müssen in den Betrieben maßgeschneidert werden, z.B. Mentoring-Programme. Aus Anlass des Antrages wurde von Grünen Ratsfrauen in einer symbolischen Aktion vor dem Neuen Rathaus eine gläserne Decke zerschlagen.

GRABSTEINE OHNE AUSBEUTERISCHE KINDERARBEIT

Seit Januar 2005 schließt die Stadt Hannover in ihrem Einflussbereich die Verwendung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit aus. Solch ein Ausschluss besteht nicht für Grabsteine und deren Einfassungen auf städtischen Friedhöfen. Als Fairtrade-Stadt sollte dies angestrebt werden. Unser Antragsentwurf liegt noch zur Beratung bei unserem Koalitionspartner. Danach soll die Stadtverwaltung eine Satzungsänderung für städtische Friedhöfe erarbeiten, wonach die Verwendung von Grabsteinen und -einfassungen aus ausbeuterischer Kinderarbeit untersagt wird. Kommunen wie Saarbrücken, Nürnberg und München setzen dies bereits um. Über eine solche Friedhofssatzung hinaus ist es erforderlich, dass die Öffentlichkeit über Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit informiert wird und Alternativen beworben werden, die aus der Region, dem europäischen Ausland oder aus fairem Handel stammen. Die Betriebe der Bildhauer- und Steinmetzinnung Hannover sprechen sich mit Nachdruck

gegen die Verwendung von Natursteinen aus Kinderarbeit aus.

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Einerseits sind Maßnahmen zur Minderung von "Treibhausgasen" wie CO₂ und Methan von großer Bedeutung. Andererseits geht es jedoch auch darum, auf die nicht mehr vermeidbaren Klimaänderungen zu reagieren. Bis Mitte oder Ende dieses Jahrhunderts kommt es voraussichtlich zu einer globalen Erderwärmung von rund 2 °C. Für Hannover bedeutet das: Im Sommer weniger Regen, häufigere Trockenperioden, mehr heiße Tage und Tropennächte, also insgesamt mehr Hitzestress, insbesondere in dicht bebauten und stark versiegelten Stadtteilen, insbesondere für alte und junge Menschen, aber auch für Stadtwälder, Gewässer und Grünflächen. Auch ist mehr Starkregen und Hochwasser zu erwarten. Auf Grüne Initiative hin wurde die Verwaltung im Mai 2011 per rot-grünem Antrag beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie die Lebensqualität in Hannover bei der absehbaren Klimaänderung gesichert werden kann. Als Folge daraus liegt nun eine „Anpassungsstrategie zum Klimawandel für die LHH“ vor. Sie beinhaltet Maßnahmen des Hochwasserschutzes, des Regenwasser-Managements, des vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes, der Dachbegrünung, der klimaangepassten Stadtplanung und Vegetation und der Öffentlichkeitsarbeit. Dank Grüner Vorsorgepolitik fangen wir in der Umsetzung nötiger Maßnahmen nicht bei Null an. Die Herausforderung besteht darin, die Maßnahmen zu forcieren und die Öffentlichkeit, Investoren und EigentümerInnen stärker und motivierend einzubinden. Im Haushalt 2012 wurden per rot-grünem Antrag gesonderte Mittel für Maßnahmen zur Klimaanpassung bereitgestellt.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
 0511 168 454 33

STADTTEILGRUPPE LINDEN LIMMER

Endlich haben wir ein eigenes grünes Stadtteilzentrum in der Nieschlagstraße - eine Anlaufstelle für grüne Politik in Linden. Am 20. April wurde unser Zentrum eingeweiht. Das Wetter spielte mit, so dass die Feier auch auf der Straße stattfinden konnte und sich Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern schnell ergaben. Wer sich mit uns für Veranstaltungen im Grünen Zentrum engagieren möchte, ist herzlich eingeladen.



EINWEIHUNGSFEIER GRÜNES STADTTEILZENTRUM

Unsere Stadtteilgruppe war auch mit einem Stand auf dem 1. Mai-Fest auf der Faustwiese vertreten. Das Fest war gut besucht und wir konnten mit unserem Stand Präsenz zeigen. Auch hierfür Dank an die vielen aktiven Mitglieder der Stadtteilgruppe.



KATRIN LANGENSIEPEN UND SVEN-CHRISTIAN KINDLER AM 1. MAI AUF DEM FAUSTGELÄNDE

Stadtteilbüro Bündnis 90 / Die Grünen Linden-Limmer
 Nieschlagstraße 26
 30449 Hannover

EURE SG LINDEN-LIMMER
linden-limmer@gruene-hannover.de

Vor gut einem Jahr, im März 2011, begann der syrische Aufstand gegen das Assad-Regime. Dieses geht mit Brutalität und einer Übermacht an militärischer Gewalt gegen seine Bevölkerung vor. Mit solcher Brutalität war das Regime bereits vor acht Jahren gegen den Aufstand der KurdInnen im kurdischen Gebiet Syriens vorgegangen.

Wir sind im Gespräch mit Tengezar Marini, syrischer Kurde und Schriftsteller, der in Hannover im Exil lebt und u. a. in Hannover in der Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V. und dem Kurden Komitee Hannover e.V. aktiv ist. Aufgrund seiner intensiven Kontakte u. a. nach Syrien wies er uns darauf hin, wie sehr sich die Menschenrechtssituation in Syrien verschlimmert hat. Dies gilt für die KurdInnen in Syrien, aber auch für das syrische Volk insgesamt.

GESPRÄCHE BEI TOM KOENIGS IN BERLIN

Als Reaktion darauf organisierten wir einen Gesprächstermin bei Tom Koenigs. Er ist Grünes Bundestagsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Im Mai 2011 besuchten wir ihn in Berlin, um uns persönlich mit ihm über die Situation auszutauschen und Handlungsmöglichkeiten zu beraten. Neben Tengezar Marini und mir wurden wir von einzelnen kurdischen und arabischen VertreterInnen der Syrischen Opposition begleitet, auch von dem in Hannover lebenden Menschenrechtler A. Khalil.

Ein Fortsetzungsgespräch mit Tom Koenigs folgte im Juli 2011, und zwar in einem breiteren Kreis, sowohl von Seiten der syrischen Oppositionellen als auch des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Die erfolgten Gespräche waren wertvoll, um VertreterInnen der syrischen Oppositionellen aus verschiedenen Städten Deutschlands und Grüner Bundespolitik zusammenzubringen und sich über die aktuelle Lage in Syrien auszutauschen. Dabei sind die syrischen Oppositionellen im Zuge ihrer intensiven internationalen Vernetzung und der modernen Medien bestens über die Ereignisse in ihrem Land informiert

Für Freiheit und Demokratie in Syrien

Auslandspolitik ist zwar kein klassisches Thema der Kommunalpolitik. Doch die fürchterlichen Massaker und Repressalien durch das brutale Assad-Regime sowie unser Austausch mit in Hannover lebenden Exil-SyrerInnen führten zu der Frage, was von hier aus getan werden kann.



GRÜNE DELEGATION MIT LOTHAR SCHLIECKAU, INGRID LANGE ALS DAMALIGE BÜRGERMEISTERIN UND HELGE LIMBURG BEIM BESUCH DER MAHNWACHE DER SYRISCHEN OPPOSITIONELLEN IN HANNOVER

und auf dem aktuellsten Stand.

UNTERSTÜTZENDE AKTIVITÄTEN GEGEN DAS ASSAD-REGIME

Die geknüpften Kontakte nach Berlin waren auch wertvoll, um unterstützende Aktivitäten gegen das Assad-Regime in Syrien anzuregen. Im August 2011 wurden unserer Grünen Delegation beim Besuch der in Hannover an der Karmarschstraße / Ecke Leinstraße eingerichteten Mahnwache syrischer Oppositioneller folgende Wünsche mitgeteilt, die wir an Tom Koenigs sowie an Grüne Mitglieder im Europaparlament weitergegeben haben:

Es möge in den Parlamenten / Gremien von Bund und EU Aktuelle Stunden zu den Gräueltaten des Assad-Regimes und Gegenmaßnahmen behandelt werden.

Es mögen Maßnahmen ergriffen werden, um das Ölgeschäft mit dem Assad-Regime zu unterbinden, weil die Einnahmen daraus das Assad-Regime stärken.

Es möge unterbunden werden, dass die Druckerei Giesecke &

Devrient GmbH Wertpapierdruckerei München im Auftrag des Assad-Regimes syrisches Geld druckt, das benötigt wird, um die Inflationsgefahr im Land Syrien zu mindern. Wenn die Unterbindung nicht möglich sei, sollte es zumindest öffentlich kritisiert und moralisch in Frage gestellt werden. Österreich hat es abgelehnt, dass der Druck syrischen Geldes in seinem Land erfolgt.

SOLIDARITÄT MIT DER SYRISCHEN FREIHEITSBEWEGUNG

Wir bekunden der syrischen Freiheitsbewegung unsere ausdrückliche Solidarität. Die Menschenrechtssituation ist schlimm und nicht hinnehmbar. Es müssen Maßnahmen insbesondere auf bundes-, europa- und UN-politischer Ebene umgesetzt werden, um Assad und Massaker zu stoppen. Das syrische Volk muss auf seinem Weg in Richtung Freiheit und Demokratie unterstützt werden.

Der Beschluss des UN-Sicherheitsrates von Anfang August 2011 in Form einer präsidentiellen Erklärung statt einer wirkungsvollen

Resolution war nicht hilfreich.

Trotz der Bemühungen des Sondergesandten der UN und der Arabischen Liga, Kofi Annan, geht das Morden des Assad-Regimes weiter. Seit dem 10. April 2012, dem Tag der verabschiedeten Waffenruhe, sind mehr als 800 Menschen bzw. friedliche DemonstrantInnen und Aufständische getötet worden.

Um auf die schlimmen Ereignisse in Syrien aufmerksam zu machen, sind die Kundgebungen in Hannover eine sinnvolle Sache. Sie werden von ExilsyrerInnen bzw. der Hannover-Initiative mit kurdischen und syrischen Gruppen organisiert. Ansprechpartner ist hier Tengezar Marini. An den Kundgebungen beteiligt sind auch der kurdisch-syrische Nationalrat sowie verschiedene Oppositionskräfte aus Syrien. Die letzten Kundgebungen fanden statt am 12. März sowie 9. Mai dieses Jahres.

Anlass der Kundgebung am 12. März 2012 war die Erinnerung an den Aufstand der KurdInnen im kurdischen Gebiet Syriens vor acht Jahren sowie die Erinnerung an den syrischen Aufstand, der vor einem Jahr begann.

Bei seiner Ansprache zu der Kundgebung im März 2012 hatte Helge Limburg, für die Grünen im niedersächsischen Landtag, kritisiert, dass die Firma Siemens an einem Vertrag über den Ausbau eines Gaskraftwerkes in Syrien festhalte und auf diese Weise das Regime unterstützt. Hier ist eine Intervention auf Bundesebene erforderlich.

Belit Onay, Mitglied im Internationalen Ausschuss der LHH, forderte in seiner Ansprache zur Kundgebung am 9. Mai, dass der im Niedersächsischen Landtag einstimmig beschlossene Abschiebestopp nach Syrien nun auch von den Ausländerbehörden umzusetzen ist und Flüchtlinge gut unterzubringen sind.

Wir unterstützen die in Hannover lebenden Exil-SyrerInnen im Rahmen unserer Möglichkeiten und hoffen letztendlich mit ihnen, dass der Weg für tiefgreifende Reformen in Syrien bald frei wird.

LOTHAR SCHLIECKAU
lothar.schlieckau@
hannover-rat.de



RICHTIGSTELLUNG

Zu einem HAZ-Artikel vom 25. April (Zahl der Asylbewerber bringt Stadt in Not) und den Reaktionen"... Grüne befürchtet Ansturm auf die sozialen Netze..."

Zuerst: Ich möchte mich bedanken: Bei all denen, die auf mich zukamen und sicher waren, dass das im HAZ-Artikel vom 25. April nicht richtig sein konnte. Und bei all denen, die sie sich direkt an mich gewandt haben.

Was geschehen ist: Aus einem Gespräch über zwei Themen wird in einem Artikel alles katastrophal vermischt und verzerrt: Wie wir in Hannover mit politischen Flüchtlingen, mit AsylbewerberInnen umgehen, mit unserer Verantwortung, unserem Verständnis und unseren kommunalen Möglichkeiten. Dazu hat sich Belit Onay geäußert und dazu arbeiten unsere Mitglieder des Internationalen Ausschusses intensiv - das war ein Thema.

Im Weiteren ging es um Sinti und Roma aus osteuropäischen Ländern. Sie gelten nicht als Flüchtlinge oder AsylbewerberInnen, sondern kommen auf Grundlage der sogenannten Freizügigkeit innerhalb der EU nach Deutschland. Sie suchen einen Ausweg aus extremer Armut und Diskriminierung. Gegenstand war ein Artikel im Spiegel über ein rumänisches Dorf, dessen Einwohnerinnen und Einwohner nach und nach umsiedeln nach Berlin Neukölln und über die Schwierigkeiten, sie in Berlin zu integrieren.

Ähnliches wird aus anderen Städten berichtet. Der Deutsche Städtetag beschreibt die Kommunalisierung eines europäischen Konfliktes.

Die Grünen im Bundestag stellten eine Anfrage zur Situation der Sinti und Roma in Europa und erarbeiteten einen entsprechenden Antrag, da die Bundesregierung keine Maßnahmen ergriffen hat. <http://gruenlink.de/992>

Wenn Sinti und Roma vermehrt auch nach Hannover kommen, wo können sie dann leben, auf welcher Grundlage können wir ihnen Hilfe und Unterstützung anbieten, wie werden wir die Kinder in unser Bildungssystem integrieren, wie die Erwachsenen? Im Gespräch mit der HAZ ging es darum, wie wir als Kommune für Sinti und Roma die Voraussetzungen für ein Leben in unserer Stadt schaffen können, dass jedoch weder Land noch Bund diesem Thema aktuell eine Bedeutung beimessen, geschweige denn Mittel einsetzen. Das sind wichtige Fragen, die mit den Zitaten in der HAZ ganz und gar nicht angemessen berücksichtigt wurden.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



T E R M I N E

09.06.	12:00	28.06.	18:00
Infostand. Grüne Stadtteilgruppe informiert im Georgengarten		AG Migration	
11.06.	18:00	Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG	
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		28.06.	18:00
11.06.	18:00	AG Umwelt & Energie	
AG Soziales, Kommunaler Seniorenservice Hannover (KSH), Ihmepassage 5, 2.OG		Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
14.06.	19:00	29.06. - 01.07.	
Parteirrat, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG.		Landesdelegiertenkonferenz in Wolfsburg	
19.06.	15:15	02.07.	17:30
AG Personal & Organisation, Rathaus, Collegienzimmer, 1. UG		Umwelt-AG	
19.06.	18:15	Thema Otter & Steinhuder Meer Haus der Region, Raum 601	
AG Bauen, Wohnen und Verkehr Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		03.07.	18:15
19.06.	18:15	AG Sport	
AG Kinder und Jugend Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		Senior-Blumenberg-Gang 1, EG.	
19.06.	18:00	09.07.	18:00
AG Land & Tier Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		AG Kultur	
20.06.	18:00	Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
AG Schule Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		09.07.	18:00
21.06.	17:00	AG Soziales	
30 Jahre Grüne im Landtag. Leinstraße 30, 30159 Hannover		Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG	
26.06.	18:00	10.07.	18:15
AG Frauen / AG Gleichstellung		AG Kinder und Jugend	
Zu wenige Frauen in der Grünen Kommunalpolitik - Wie können wir mehr Frauen gewinnen und die Quote erhalten?		Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG		11.07.	18:00
26.06.	18:15+	AG Schule	
AG Wirtschaft & Finanzen Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG		Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
		24.07.	18:30
		AG Land & Tier	
		Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
		30.08.	18:00
		AG Migration	
		Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
		28.08.	18:30
		AG Land & Tier	
		Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
		04.09.	18:15
		AG Sport	
		Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
		10.09.	18:15
		AG Kultur	
		Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Enno Hagenah, Doris Klawunde, Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Brigitte Pothmer, Thorsten Fiebig, Maike Schümer, Dirk Musfeld, Norman Seibert, Michéle Kahl, Jürgen Pein, Lothar Schliekau, Michael Dette, Pat Drenke, Ingrid Wagemann, Dietmar Beck, Günther Wulfert, Katrin Studier, Eva Vojinovic, Rahel Missal, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 03/12 erscheint voraussichtlich im Sept 2012.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de
Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.